Konrad Adenauer Stiftung

ERWARTUNGEN AN DEN G20-GIPFEL IN PITTSBURGH

EIN INTERNATIONALES STIMMUNGSBILD

Herausgeber: Dr. Gerhard Wahlers

Gesamtkoordination: Susanna Vogt

Satz: Cornelia Wurm

© Konrad-Adenauer-Stiftung, Sankt Augustin/Berlin
Umschlagfoto: © Andrzej-fotolia

September 2009

INHALT

5 | VORWORT

7 | ARGENTINIEN

9 | AUSTRALIEN

13 | BRASILIEN

17 | CHINA

21 | EUROPÄISCHE UNION

25 | FRANKREICH

29 | GROSSBRITANNIEN

31 | INDIEN

35 | INDONESIEN

39 | ITALIEN

43 | JAPAN

45 | MEXIKO

49 | RUSSLAND

53 | SAUDI-ARABIEN

57 | SÜDAFRIKA

61 | SÜDKOREA

65 | TÜRKEI

69 | USA UND KANADA

73 | ASIEN UND DER G20-GIPFEL

VORWORT

Liebe Leserinnen und Leser,

vom 24. bis 25. September 2009 werden die Staats- und Regierungschefs der wichtigsten Industrie- und Schwellenländer in Pittsburgh zum dritten Weltfinanzgipfel im Rahmen der G20 zusammenkommen. Mit der Krise an den internationalen Finanzmärkten ist das informelle Forum der G20 auf ein neues Bedeutungsniveau gebracht worden. In dieser Gruppierung sind die 19 wichtigsten Industrie- und Schwellenländer sowie die Europäische Union, vertreten durch die EU-Ratspräsidentschaft, zusammengeführt. Damit stehen die G20 für rund 90 Prozent des weltweiten Bruttoinlandsprodukts, 80 Prozent des globalen Handels und zwei Drittel der Weltbevölkerung. Im Hinblick auf Dialog und Kooperation zwischen Industrie- und Schwellenländern kann dieses Forum ein hohes Maß an Repräsentativität für sich in Anspruch nehmen.

Dieser Dialog ist aufgrund der sich immer stärker verdichtenden und drängenden globalen Probleme unabdingbar geworden. Die Finanzmarktkrise ist zum einschneidenden Lehrstück geworden: Die unmittelbaren Auswirkungen, die dieses Ereignis auf die Staaten weltweit und auch in der Bevölkerung ganz individuell gezeitigt hat, haben die Komplexität der weltumspannenden Strukturen deutlich unter Beweis gestellt. Dabei gilt es, über die aktuelle Krise hinaus zu denken.

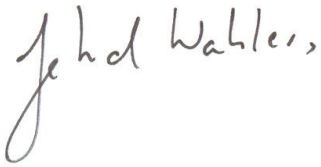
Auch mit dem Klimawandel stellt sich ein Problem globaler Dimension. Dessen Auswirkungen machen sich – im Gegensatz zur Finanz- und Wirtschaftskrise – bisher nur schleichend bemerkbar. Doch die drohenden Folgen einer fortschreitenden Erderwärmung sind ebenfalls von erheblicher Tragweite. Internationaler Konsens und wirkungsvolle Kooperation müssen dazu auf globaler Ebene erreicht werden.

Die wachsende Notwendigkeit einer Global Governance hat die Bedeutung von informellen Foren und Gremien wie demjenigen der G20, der G8, der G5, BRIC und ähnlichen Gruppierungen in den vergangenen Jahren erheblich aufgewertet. Sie ermöglichen schnelle und effektive Abstimmung der Staaten untereinander und ebnen den Weg zu wirksamer Zusammenarbeit in offiziellen Strukturen. Deutschland hat sich zu diesen Foren sehr stark engagiert: Die G20 wurden 1999 unter der deutschen G7-Präsidentschaft als Antwort auf die Finanzkrisen Ende der 1990er Jahre ins Leben gerufen. Die G8-Präsidentschaft Deutschlands 2007 initiierte den „Heiligendamm-Prozess" als Dialogformat zwischen den G8-Staaten und der G5 Brasilien, Mexiko, Südafrika, Indien und China Dieser Prozess wird – komplementär zum G20-Mechanismus – in Zukunft fortgeführt werden.

Deutschland möchte den Rahmen des G20-Gipfels in Pittsburgh nutzen, um mit dem Vorschlag einer „Charta für nachhaltiges Wirtschaften" – die von Frankreich und Großbritannien unterstützt wird – inhaltlich Akzente im Sinne einer langfristigen Lösung der an den Finanzmärkten aufgetretenen Steuerungs- und Kontrolldefizite zu setzen. Dieses Verständnis von nachhaltigem Wirtschaften beruft sich auf die ordnungspolitischen Grundlagen, auf denen auch die Soziale Marktwirtschaft fußt: Der Mensch steht im Mittelpunkt des Wirtschaftsprozesses. Somit ist dieser Prozess in das wirtschaftliche und politische Geschehen eingebettet. Dem muss auch eine nachhaltige Politik auf internationaler Ebene Rechnung tragen.

In der vorliegenden Publikation finden Sie einen Stimmungsbericht aus den am kommenden G20-Gipfel teilnehmenden Staaten. Er greift die Erwartungen und die strategische Positionierung dieser Länder im Hinblick auf das Zusammentreffen in Pittsburgh auf.

Ich wünsche Ihnen eine anregende Lektüre.



Dr. Gerhard Wahlers
Stellv. Generalsekretär der Konrad-Adenauer-Stiftung

ARGENTINIEN

Argentinien ist – wie bei vielen anderen Themen auch – in Bezug auf den bevorstehenden G20-Gipfel in Pittsburgh ein gespaltenes Land. Während unabhängige Experten das Querulantentum Argentiniens und den kontinuierlichen Verstoß gegen Finanzregeln im internationalen Kontext anklagen, verkauft die Regierung der Präsidentin Christina Fernández de Kirchner ihre Wirtschaftspolitik als das Allheilmittel.

DIE POSITION DER REGIERUNG

Die argentinische Regierung sieht sich bestätigt in ihrer Kritik am Internationalen Währungsfond (IWF) sowie dem Konsumsystem amerikanischer Art und hält auch in der landesweiten Berichterstattung mit dieser Meinung nicht hinter dem Berg. Wirtschaftsminister Amado Boudou bekräftige Mitte September beim G20-Vorbereitungstreffen in London, weiterhin an der „antizyklischen Politik" festzuhalten, um der Krise die Stirn zu bieten. Hierbei sieht er sich inzwischen durch die Politik anderer Länder bestätigt. In Bezug auf den IWF unterstrich Boudou, dass nur ein Austausch von Informationen bestehe und die argentinische Regierung in keinem Falle eine Einmischung in die politische Souveränität des Landes akzeptieren werde (*Página 12*, 13.09.2009). Eine Entwicklung, die besonders positiv bewertet wird, ist die Rückkehr zur nationalen Eigenständigkeit hinsichtlich der Bewältigung der Krise. Diese wurde durch den Konsens von Washington untergraben und führte, laut Boudou, zu einem ineffektiven „Einheitsbrei" (Online-Zeitung *infobae.com*, 14.09.2009).

Boudou zufolge ist die G20 deshalb eine wichtige Institution, weil Argentinien hier die Möglichkeit hat, von „Angesicht zu Angesicht" mit den wichtigen Industrieländern, den BRIC-Staaten (Brasilien, Russland, Indien, China) und anderen Schwellenländern zu debattieren. In diesem Forum will das Land dazu beitragen, dass „neue multilaterale Kreditorgane entstehen, welche sich ihren wahren Aufgaben, dem Hüten des Finanzausgleichs und der Begleitung des Prozesses von Investition zu Kapitalgütern, widmen" (Regierungskommunikation, 02.09.2009). Damit spielt er hauptsächlich auf die Weltbank an. Würde man alleinig die nationale Berichterstattung in Argentinien verfolgen, könnte man meinen, dass das argentinische Wirtschaftssystem Vorbild für die weltweiten Reformen und Umstrukturierungen sei und die restliche Welt endlich in die richtige Richtung schwenke.

G20 – ARGENTINIEN IM INTERNATIONALEN KONTEXT

Unabhängige Wirtschaftsexperten und Politologen sehen die Situation jedoch etwas differenzierter: Als die G20 im Jahr 1999 ins Leben gerufen wurde, war die wirtschaftliche Lage Argentiniens sehr viel besser als heute. Seit der schweren Wirtschaftskrise 2001 ist der Einfluss des Landes auf die G20-Mitgliedstaaten von eher untergeordneter Bedeutung. Die Einwirkung Argentiniens auf mögliche Reformen des IWF oder der Weltbank werden daher als gering eingeschätzt, auch wenn gerade dazu die Bevölkerung aufgrund der unglücklichen Entscheidungen der Organisation während der Krise 2001 besonders emotional reagiert. Ebenso ist die Meinung verbreitet, dass G20 ein wichtiges Forum für Argentinien ist, weil es eine Gelegenheit zur Präsenz auf der internationalen Bühne darstellt. Dies entspringt der Angst

vieler Argentinier gegenüber der isolationistischen Politik des Ehepaars Kirchner.

Trotz der Außenseiterposition innerhalb der G20 sehen einige Gesellschaftswissenschaftler Argentinien für Lateinamerika in einer Vermittlerrolle. Vielleicht ist es daher umso mehr von Belang, dass die Nation, zusammen mit Brasilien und Mexiko als wichtigsten Staaten der Region, mit den großen Industrienationen an einem Tisch sitzt. Bemängelt wird, dass diese drei lateinamerikanischen Länder keine einheitliche Position vertreten, aber Verhandlungen zu diesem Punkt finden bereits statt. Allgemein wird eine Unterordnung der G20 in ihrer Bedeutung unter die Gruppierung der G8 in Argentinien als Fakt anerkannt. Dennoch wird die Sinnhaftigkeit des Instruments der G20 zur politischen und wirtschaftlichen Konsolidierung und Linienfindung nicht angezweifelt.

PITTSBURGH – KONTINUITÄT UND RICHTUNGSWEISUNG

Die Erwartungen an das Gipfeltreffen in Pittsburgh konzentrieren sich hauptsächlich auf zwei eng miteinander verbundene Punkte: Die Haltung der Industrienationen zur Reform des globalen Wirtschaftssystems und die Fortführung eben dieser bereits angestoßenen Reformen. Die Angst besteht, dass sich die Industrienationen aufgrund des guten Zusammenwirkens der Zentralbanken, welches eine noch größere Ausbreitung der Krise verhindert hat, nun zurückziehen und eine tiefgreifendere Umstrukturierung des Finanzsystems ablehnen. Dies würde bedeuten, dass kleinere, exportabhängige Wirtschaftsnationen wie Argentinien weiterhin Spielball der großen Staaten und somit deren Gutdünken ausgeliefert sind.

Daher begrüßt Buenos Aires die auf den G20-Gipfeln in London und Washington angestoßenen Reformen. Hierbei wird jedoch eine Differenzierung zwischen den akuten Handlungen zur Bewältigung der Wirtschaftskrise – diese werden im Allgemeinen als adäquat angesehen – und den längerfristigen Reformen gemacht. Auch in Argentinien werden keine schnellen Veränderungen erwartet, man stellt sich auf einen langwierigen, zeitintensiven Prozess ein. Von den bereits angestoßenen Reformen werden die verstärkte Finanzkontrolle, beispielsweise von Steuerparadiesen und Bankergehältern, sowie die Liberalisierung der globalen Wirtschaft zur Verhinderung defensiver und protektionistischer Maßnahmen, positiv bewertet. Allerdings wird bemängelt, dass es sich bei der aktuellen Zusammenarbeit nicht um einen generellen Konsens und eine aktive Bejahung der Kooperation handelt, sondern nur um eine der Angst entsprungene Lösung. Zeichen dafür ist das Stocken der Doha-Runde, welche im Juli 2008 an einem Abkommen zu Importbestimmungen für Landwirtschaftsgüter scheiterte und seither nicht wieder in kompletter Runde tagte.

Neben der langfristig orientierten Hoffnung auf eine globale Finanzmarktumstrukturierung bauen argentinische Experten wie auch die Regierung darauf, dass die führenden Industrienationen sich baldmöglichst von der Wirtschaftskrise erholen werden und dadurch die Nachfrage nach argentinischen Produkten wieder steigen wird. Große Fortschritte werden in Argentinien vom Gipfel in Pittsburgh nicht erwartet, aber man hofft auf grundlegende Weichenstellungen.

Viola Hoffmann
KAS-Auslandsbüro Buenos Aires

AUSTRALIEN

Die Krise ist überwunden und die Erholung kommt schneller als erwartet: Regierung, Unternehmer und Wirtschaftsfachleute in Australien sind erleichtert. Den einzigen Irrtum, den sie sich zurzeit zugestehen ist, die Kapazität der einheimischen Volkswirtschaft zur Erholung nach der Krise unterschätzt zu haben. Zwar wird für dieses Jahr mit einem nur sehr geringen Wachstum von einem halben Prozent gerechnet, doch für nächstes Jahr werden mehr als zwei Prozent und für die Jahre ab 2011 Wachstumsraten von über vier Prozent erwartet.

Auch in Australien scheint die Krise, ebenso wie in den meisten Ländern Asiens, vor allem eine Krise des Vertrauens gewesen zu sein. Auf dem grünen Kontinent greift die Zuversicht wieder um sich: Die Banken sind intakt, die Arbeitslosigkeit hat kaum zugenommen und der Immobilienmarkt ist stark. Das Vertrauen ist zurückgekehrt. Auch wenn die Exportmärkte in den USA und Europa noch nicht wieder konsolidiert sind hat das die einheimische Dynamik nicht aufgehalten. Dem chinesischen Konjunkturprogramm schreibt man zu, dass Australien eine Zunahme seiner Exporte erlebte. Auch profitiert das Land von einem neuerlichen Anstieg der Rohstoffpreise. Zudem kommt der Volkswirtschaft das Konjunkturprogramm zugute, das die australische Regierung auflegte. Nach Meinung von Finanzminister Ken Henry verfügt Australien über die besten Qualitäten der entwickelten Welt – gute Regierungsführung und Flexibilität – und bietet zugleich einen Vielzahl von Investitionsmöglichkeiten vergleichbar denen von Entwicklungsländern. Das Land erwartet daher einen ständigen Zufluss internationaler Direktinvestitionen. Angesichts soviel Zuversicht wächst auch das Selbstbewusstsein auf der internationalen Bühne.

AUSTRALIEN UND DIE G20

Australien ist ein Gründungsmitglied der G20, die als Forum für Finanzminister und Zentralbankpräsidenten entstand. Die Erweiterung des G-20-Prozesses wird von Australien nachdrücklich gefördert, weil es darin einen idealen Rahmen sieht, um seine Stimme in der internationalen Diskussion über globale Ordnungsfragen hörbar zu machen.

Während des Gipfeltreffens im November 2008 in Washington übernahm Australien eine herausgehobene Funktion innerhalb des G20-Prozesses, als dem Land der Co-Vorsitz der Arbeitsgruppe übertragen wurde, die Vorschläge für eine Reform des IWF erarbeiten sollte. Der australische Premierminister Kevin Rudd, der ohnehin um eine größere internationale Präsenz seines Landes bemüht ist, hat diese Position genutzt, um sich aktiv für eine stärkere Rolle der Entwicklungsländer und insbesondere Chinas im IWF einzusetzen. Dies betrifft sowohl die Einlagen dieser Länder als auch ihre Stimmrechte.

China hatte und hat in Rudd einen besonderen Fürsprecher. Der australische Premierminister spricht fließend Mandarin und die Vertiefung der Beziehungen zwischen seinem Land und China ist ein Eckstein seiner Außenpolitik. Sein Eintreten für größere Mitspracherechte Chinas im internationalen System hat sich auch dadurch nicht grundsätzlich geändert, dass im Juni 2009 der Landeschef China des australischen Minenkonzerns Rio Tinto in Peking wegen des Vorwurfs der aktiven Bestechung im Zusammenhang mit öffentlichen Aus-

schreibungen verhaftet wurde. Dies hat die bilateralen Beziehungen zwar belastet, doch die australische Regierung ist deutlich darum bemüht, diesen Vorgang nicht als Anlass für einen politischen Konflikt zu nehmen. Die Angelegenheit soll auf der rechtlichen Ebene ausgetragen werden, was vorrangig in die Zuständigkeit des betroffenen Unternehmens selbst fällt.

Im Frühjahr 2009, vor dem G20-Gipfel in London, hatte sich Premierminister Rudd gegenüber dem amerikanischen Präsidenten Barack Obama dafür eingesetzt, dass China mehr Stimm- und Mitspracherechte im IWF erhalten sollte. In der gegenwärtigen IWF-Struktur hat China, die drittgrößte Volkswirtschaft der Erde, einen Stimmenanteil von 3,7 Prozent und damit weniger als Deutschland (sechs Prozent) und Großbritannien (4,9 Prozent). Die USA haben 17 und die EU-Länder zusammen 32 Prozent. Indien verfügt nur über 1,9 Prozent. Nach Ansicht von Premier Rudd könnte die Stimmrechtserhöhung für China dazu beitragen, dass der IWF in Krisensituationen früher interveniert.

Beim Gipfeltreffen in Pittsburgh sind aus australischer Sicht vor allem zwei Fragen von Bedeutung: Einerseits die Strategie eines koordinierten Ausstiegs aus den Konjunkturprogrammen und den damit zusammenhängenden Garantien für Banken. Australien bewertet den Fall als sehr problematisch, dass gegebenenfalls nur einige Länder ihre Garantien zurückziehen, andere diese aber beibehalten. Die australische Volkswirtschaft gilt als stark genug, um ihre Garantien nun auslaufen zu lassen. Doch man weiß auch, dass diese Situation nicht für alle Teilnehmerländer des G20-Gipfels gilt. Allerdings befürchtet man durch die Beibehaltung der Garantien und Konjunkturprogramme Wettbewerbsverzerrungen unter anderem zu Lasten Australiens.

Im Hinblick auf das erneut auf der Gipfelagenda stehende Thema einer Reform des IWF hat Australien bereits deutlich gemacht, dass es an seiner Unterstützung für eine Stärkung der Position Chinas festhält.

Die Begrenzung der Gehälter von Bankmanagern spielt in der politischen und öffentlichen Debatte Australiens im Hinblick auf den Gipfel in Pittsburgh keine Rolle.

G20 ALS FORUM FÜR GLOBAL GOVERNANCE

Für Australien ist die G20 nicht nur ein wichtiges Forum für Diskussionen und Entscheidungen im Hinblick auf globale Wirtschaftsfragen, sondern auch für Debatten im größeren Zusammenhang einer Global Governance. Der G20-Prozess garantiert dem Land einen Platz am Tisch „Großen". Die G7 oder auch die G8 gilt demgegenüber bei australischen Regierungsvertretern und Kommentatoren als zu exklusiv, um noch wirklich Entscheidungen für globale Ordnungsfragen durchsetzen zu können.

Australien setzt sich für eine gewichtigere Rolle der Schwellen- und Entwicklungsländer in diesen Foren ein, weil dadurch auch das eigene Gewicht gestärkt wird. Deshalb ist man in Canberra an einer Konsolidierung der G20 interessiert. Diese gilt als wesentlich besseres Instrument für die Behandlung globaler Fragen als ein sogenannter UN-Wirtschaftsrat, dessen Gründung im Juni 2009 von einem UN-Beraterkreis unter Vorsitz von Josef Stiglitz vorgeschlagen wurde. In Australien fürchtet man, ein solcher Wirtschaftsrat würde nur der üblichen bürokratischen Ineffizienz der Vereinten Nationen anheim fallen. Zudem wäre dann die Stimme Australiens im internationalen Konzert über Wirtschaftsfragen wieder nicht zu hören.

Im Vorfeld des Pittsburgh-Gipfels hat die australische Regierung eine weltweite Kampagne begonnen, um sicherzustellen, dass die Stimme des Landes bei der Diskussion über eine neue Weltordnung hörbar ist. Minister der Regierung sind seit Wochen rund um den Globus unterwegs, um in Lateinamerika, Indien, China, Russland und den USA die bestehenden Beziehungen auszubauen und neue Beziehungen zu knüpfen. Premierminister Rudd selbst hat in diesem Zusammenhang im August 2009 gegenüber dem amerikanischen Präsidenten Obama noch einmal das Interesse seines Landes an einer stärkeren Integration der wichtigsten Schwellenländer in die Diskussion um globale Ordnungsfragen betont. Auf dem Weg zur UN-General-

versammlung in New York im September 2009 will er noch Mexiko und Brasilien besuchen, um sich mit den Regierungschefs dieser Länder abzustimmen. Mit dem brasilianischen Präsidenten Lula da Silva pflegt Rudd anscheinend einen kontinuierlichen Meinungsaustausch. Wichtige Kabinettsmitglieder waren zuletzt in Indien, Brasilien, Chile, China, Russland und Peru, um gemeinsame Positionen zu globalen Ordnungsfragen zu diskutieren. Neben der G20 nutzt Australien unter anderem auch seine Mitgliedschaft in der APEC (Asia-Pacific Economic Cooperation) als Forum für eine Abstimmung mit dieser Staatengruppe. Der Begriff der „Mittelmächte" (*middle powers*) spielt in Australien in jüngster Zeit eine besondere Rolle. Sowohl von der Regierung als auch von Think Tanks und Forschungsinstituten wird unter diesem Konzept in Australien nach Interessen im Hinblick sowohl auf die Außenbeziehungen als auch nach gemeinsamen Positionen hinsichtlich der globalen Ordnungsthemen gefragt.

Die Erarbeitung von Interessenidentitäten hat dazu geführt, dass Australien in jüngster Zeit damit begonnen hat, seine Beziehungen sowohl zu Lateinamerika – hier insbesondere zu Brasilien – als auch zu Indien deutlich zu intensivieren. Außenminister Smith hat dazu kürzlich erklärt: „Australien, das traditionell nach Asien und dem Pazifik schaute, blickt nun deutlich weiter und wir sehen ein enormes Potential in unserem Engagement in Südamerika. Deshalb arbeiten wir hart daran, dieses Engagement zu bestärken" (zitiert nach *The Australian*, 10.09.2009). Die G20 ist nach Meinung des Außenministers eine internationale „Schlüsselinstitution" und er hofft, in Zusammenarbeit mit Brasilien eine breitere Agenda für dieses Forum durchzusetzen.

Auch wenn sich nach jüngeren Verlautbarungen aus Washington das G20-Treffen in Pittsburgh zu 80 Prozent mit den Folgen der globalen Finanzkrise auseinandersetzen soll, ist deutlich erkennbar, dass Australien – ebenso wie andere Schwellenländer – diesen Rahmen nutzen und ausbauen wollen, um über globale Ordnungsfragen mitzusprechen und mit zu entscheiden. Der G7- bzw. G8-Prozess hat für diese Ländergruppe wegen seiner Exklusivität an Relevanz verloren. Deutschland und die Europäer müssen sich darauf einstellen und gegebenenfalls nach neuen Abstimmungs- und Kooperationsformen mit den „Mittelmächten" suchen.

Dr. Wilhelm Hofmeister
Regionalprogramm Politischer Dialog Asien
KAS-Auslandsbüro Singapur

BRASILIEN

INTERVENTIONSMASSNAHMEN DER BRASILIANISCHEN REGIERUNG ANGESICHTS DER KRISE

Um die Haltung Brasiliens bezüglich des internationalen Finanzsystems besser einordnen zu können, sollen einleitend die im Verlauf der aktuellen Krise ergriffenen Maßnahmen der brasilianischen Regierung kurz dargestellt werden:

Brasilien war für die aktuelle Finanz- und Wirtschaftskrise deutlich besser gewappnet als noch bei früheren Krisen. Dies erklärt sich zum einen durch die in den 1990er Jahren vollzogenen Strukturreformen des brasilianischen Bankensystems wie auch durch die Tatsache, dass die Zentralbank noch stringenter die wichtigsten, an den Normen von Basel II orientierten Empfehlungen befolgte. Angesichts mangelnder externer Kredite generierten die Währungsbehörden die Liquidität des nationalen Bankensystems durch die Verringerung der Termineinlagen, die im Falle Brasiliens ungewöhnlich hoch ausfallen (45 Prozent der Sichteinlagen). Des Weiteren hat die Zentralbank dem Privatsektor Kredite und Devisen zur Verfügung gestellt. Nach einigem Zögern hat das Komitee für Währungspolitik die Absenkung des Leitzinssatzes initiiert, der schließlich einen historischen Tiefstand von 8,75 Prozent erreichte. Er ist nun aufgrund der schlechten Steuerpolitik der Regierung gefährdet.

Anstatt die Krise zum Anlass zu nehmen, eine eindeutige Absenkung der allgemeinen Steuerlast einzuleiten, hat sich die brasilianische Regierung auf sektoral begrenzte Maßnahmen konzentriert, indem lediglich die indirekten Steuern einiger Industriezweige verringert wurden. Dies hat sich vor allem negativ auf die Einnahmen der Bundesstaaten sowie der Städte und Gemeinden ausgewirkt, nicht aber auf die der Zentralregierung. Gleichwohl kam es zu diesen Maßnahmen erst nach deutlichen Produktions- und Investitionseinbrüchen in der Industrie bei gleichzeitigem Anstieg der Arbeitslosigkeit in diesem Bereich. Allerdings hat die Regierung auch die Ausgaben im Bereich der öffentlichen Verwaltung sowie die Sozialausgaben deutlich erhöht – dies entspricht nicht antizyklischen Maßnahmen.

DIE POSITIONIERUNG BRASILIENS IN DER G20: NATIONALE BESONDERHEITEN UND DIE BRIC-STAATEN

Praktisch gleichzeitig mit der Teilnahme Brasiliens an den G20-Finanzrunden konsolidierte sich – vor allem auch durch intensives diplomatisches Betreiben Brasiliens – die BRIC-Staatengruppe (Brasilien, Russland, Indien, China) innerhalb derer Brasilien versucht, die eigene Positionierung im Rahmen der G20 abzustimmen. Bereits während des ersten BRIC-Ministertreffens in Jekaterinburg im Mai 2008 erklärten die vier Staaten ihre Absicht, bei der Diskussion über eine neue globale Finanzarchitektur eine zentrale Rolle spielen zu wollen – aufbauend auf einer stärkeren Beteiligung der Entwicklungs- bzw. Schwellenländer innerhalb der hierbei besonders relevanten Bretton-Woods-Organisationen.

Aufgrund ihrer besonderen Charakteristiken beabsichtigen die BRIC-Staaten, zur Förderung einer nachhaltigen Entwicklung und ausgewogeneren internationalen Agenda, als Brücke zwischen den Indus-trie- und Entwicklungsländern zu fungieren. Zur

Abstimmung gemeinsamer Positionen und Vorschläge finden daher generell vor den G20-Runden, wie auch denen des IWF und der IBRD (*International Bank for Reconstruction and Development*), Treffen der Wirtschaftsminister der BRIC-Staaten statt. Diese Koordinierung gelingt zwar prinzipiell, es bestehen jedoch auch grundlegende Differenzen zwischen den vier BRIC-Staaten aufgrund ihrer unterschiedlichen wirtschaftlichen Strukturen, die Art ihrer Einbindung in die Weltwirtschaft und der Rollen, die sie im Zuge einer Veränderung der Weltwirtschaft einnehmen könnten. Keiner der BRIC-Staaten verfügt derzeit über eine frei konvertierbare Währung; allerdings ist China dabei, den Yuan als Handelswährung für den asiatischen Pazifikraum zu etablieren. Weiterhin stellt sich die Teilnahme der einzelnen BRIC-Staaten am weltweiten Handel sehr unterschiedlich dar: China als industrieller Riese und Großimporteur von Rohstoffen; Indien mit seinem enormen Potenzial im Dienstleistungsbereich für IT und Telekommunikation; Brasilien und Russland hingegen als Großexporteure natürlicher Ressourcen, wobei Brasilien auch in einigen industriellen Bereichen von Bedeutung ist und Russland als Waffenexporteur hervorsticht.

Brasiliens wirtschaftliche Wachstumsraten fallen, im Vergleich zu den anderen BRIC-Staaten und im Hinblick auf Brasiliens eigenen Anspruch, die internationale Wirtschaftsagenda mit zu beeinflussen, extrem niedrig aus. Die schwache Leistung ist voll und ganz auf die hohe Steuerlast zurückzuführen, die bei über 38 Prozent des BIP liegt. Dies hat eine niedrige private Sparquote und unzureichende private wie auch öffentliche Investitionen zur Folge. Bei einem Investitionsanteil von 40 Prozent im Falle Chinas, 35 Prozent im Falle Indiens und 21 Prozent im Falle Russlands reichen die 17 bis 18 Prozent Brasiliens nicht aus, um für jährliche Wachstumsraten von mehr als drei bis vier Prozent zu sorgen.

BRASILIENS HALTUNG BEZÜGLICH DER INTERNATIONALEN FINANZ-ARCHITEKTUR

Nachdem sich die internationale Finanzkrise zu einer internationalen Wirtschaftskrise ausgeweitet hatte, gehörte Brasilien zu jenen Staaten, die als erstes internationale Koordinierungstreffen forderten mit dem Ziel, die schlimmsten Auswirkungen der Krise zu verhindern und die als unvollendet angesehene Agenda der internationalen Wirtschaftsbeziehungen voranzubringen (so auch die Doha-Runde der WTO). Allgemein tritt Brasilien für eine stärkere Regulierung des Finanzsektors ein, für die Kontrolle rein spekulativer Kapitalanlagen und – vor allem – für eine Neuverteilung der Entscheidungsmacht im Bereich der multilateralen Finanzinstitutionen.

Dank seiner hyperaktiven Diplomatie – die größtenteils auf die internationalen Auftritte des Präsidenten zurückzuführen ist – verfügt Brasilien auf den ersten Blick über das notwendige politische Kapital, um Gestaltungsvorschläge bezüglich der internationalen Finanzagenda zu unterbreiten. Unter rein ökonomischen Gesichtspunkten erscheint dieses Kapital hingegen sehr viel geringer angesichts der vergleichsweise niedrigen internationalen Handelsintensität (nur 20 Prozent des BIP im Vergleich zu 60 Prozent im Falle Chinas), der Stellung Brasiliens als Netto-Kapitalimporteur und der fehlenden Konvertierbarkeit des brasilianischen Reals. Zwar fordert Brasilien einen leichteren Zugang zu verschiedenen internationalen Agrarmärkten, wehrt sich aber dagegen, ebenso wie Indien und teilweise auch China, die Öffnung der eigenen Märkte (vor allem im industriellen Sektor) voranzutreiben.

Seit dem ersten G20-Gipfel in Washington im November 2008 und über das Treffen in London im April 2009 hinaus hat sich Brasilien nahe der Gruppe der „Keynesianischen Regulierer" positioniert, also jener Gruppe, die für eine vergleichsweise strenge Regulierung der internationalen Kapitalströme eintritt und Finanzspekulationen unterbinden will. Weiterhin will Brasilien zur Überwindung der aktuellen Wirtschaftskrise solange an steuerlichen Stimulierungsmaßnahmen festhalten, bis die ökonomischen Aktivitäten zu ihrem norma-

len Rhythmus zurück gekehrt sind. Weiterhin unterstützt Brasilien das Vorgehen gegen internationale Steuerparadiese als einen Bestandteil des Spekulationsgeschäfts. Im Hinblick auf die internationalen Wirtschaftsbeziehungen pocht das Land auf die Wiederaufnahme der WTO-Verhandlungen im Rahmen der Doha-Runde mit dem Ziel eines baldigen Abschlusses.

In Abstimmung mit den anderen BRIC-Staaten fordert Brasilien eine Neuregelung und Umverteilung des Quotensystems der beiden Bretton-Woods-Institutionen. Die Beteiligung der Schwellenländer soll auf einen Anteil von 47 Prozent am Gesamtkapital steigen und gleichzeitig soll der Anteil der Industrieländer (derzeit 60 Prozent) gesenkt werden. Hier schließt man sich dem Vorschlag der USA an, dass diese Reduzierung über eine geringere Beteiligung kleinerer europäischer Staaten erreicht werden soll. Differenzen zwischen den BRIC-Staaten gibt es hingegen bezüglich eines möglichen neuen Instruments internationaler Devisenreserven (und möglicherweise auch des Devisentauschs): Dazu gibt es den Vorschlag, einen Korb der wichtigsten internationalen Währungen einzurichten. Andererseits verfügen die vier BRIC-Staaten über immense Reserven an US-Dollar, sodass sie an einer schnellen Abwertung der amerikanischen Währung wenig Interesse haben.

BILANZ DER BISHERIGEN GIPFEL UND AUSBLICK

Brasilien ist enttäuscht über die „mageren" Ergebnisse der G20-Gipfel von Washington und London, wenn denn überhaupt von Ergebnissen gesprochen werden kann. Ebenso verhält es sich mit Blick auf die geringe praktische Anwendung der bei den Ministertreffen festgelegten Maßnahmen. Brasilien hat die Anhebung seiner Beiträge zum IWF genehmigt, um andere in Not geratene Staaten zu unterstützen. Allerdings fällt die dazu insgesamt von Brasilien bereit gestellte Summe eher bescheiden aus. Beim Ministertreffen in London im September 2009, als Vorbereitung auf den Gipfel in Pittsburgh, hat Brasilien seine Beteiligung in Höhe von zehn Milliarden US-Dollar im Rahmen des IWF-Kapitalisierungsprogramms bestätigt, was nur einem kleinen Teil seiner globalen Reserven entspricht. Zum Vergleich: Russland und China haben die gleichen Summen bereit gestellt, während China 50 Milliarden beisteuert.

Darüber hinaus wird Brasilien seine weiter oben bereits erwähnten Positionen gemeinsam mit den anderen BRIC-Staaten auch in Pittsburgh mit Nachdruck vertreten, wobei momentan keine klare Aussage zur Rolle des US-Dollars im internationalen Währungssystem vorliegt. Brasiliens Haltung erscheint bisweilen konfus, da die Verwendung des US-Dollars im internationalen Handel in Teilen der brasilianischen Regierung auf Vorurteile stößt, gleichzeitig aber auch Skepsis herrscht bezüglich eines möglichen Handels auf der Basis lokaler Währungen. Präsident Lula hat vorgeschlagen, den Handel zwischen China und Brasilien in den jeweiligen Landeswährungen abzuwickeln, was eine bisher einmalige Bilateralisierung der Zahlungen im Rahmen der internationalen Handelsbeziehungen Brasiliens darstellen würde. Mit dem gleichen Vorschlag wandte sich Brasilien beim Ministertreffen in London an Russland. Diese Bestrebungen können als Wunsch Brasiliens gesehen werden, sich vom finanziellen Multilateralismus abzukehren. Es stellt sich die Frage, in wie weit diese Maßnahme zur Ausweitung des globalen Handels Brasiliens beitragen soll. Es sei denn, dies sollte als ein Schritt auf dem Weg hin zur vollen Konvertierbarkeit des brasilianischen Reals zu werten sein. Das wiederum würde eine ausgezeichnete Alternative darstellen.

Paulo Roberto de Almeida
Professor für internationale Wirtschaftspolitik
Universitätszentrum Brasilia (UniCEUB)

CHINA

Bereits vor der Finanzkrise hatte es institutionalisierte Konferenzen der Finanzminister und Zentralbankchefs im Rahmen der G20 gegeben. Für die Beziehungen zwischen Industrie-, Schwellen- und Entwicklungsländern kommt ihnen aus chinesischer Sicht eine wichtige Rolle zu. Für die internationale Finanzstabilität und das nachhaltige Wirtschaftswachstums haben die G20 manchen Effekt erzielt. Was die G20-Arbeit auf Ministerebene anlangt, sieht sich China als aktiver Teilnehmer und ein wichtiger Förderer.

Nach Ausbruch der Finanzkrise ist ein global abgestimmtes Krisenmanagement eine bedeutende Aufgabe für die internationale Gemeinschaft geworden. Aufstrebende Nationen – wie zum Beispiel die Schwellenländer – können am G8-Prozess nicht hinreichend partizipieren. Mangelnde Repräsentativität, Legitimität und Autorität der G8 für die Koordination der internationalen Politik führen dazu, dass diese Treffen für die Bekämpfung von internationalen Finanzkrisen nicht hinreichen. Die G8-Gipfel im japanischen Toyako 2008 und der diesjährige Gipfel im italienischen L'Aquila zeigten dies nur zu deutlich. Die Ministerkonferenzen der G20 waren dagegen von Anfang an ein sehr repräsentatives Format. China wertet sie als legitimen Rahmen für die Koordination von internationaler Politik. Aber solange die Konferenzen lediglich auf Ministerebene blieben, mangelte es ihnen an Autorität und ihren Vereinbarungen die Umsetzungseffektivität.

VARIABLE GIPFELGEOMETRIEN

Als ein von der Finanzkrise besonders hart getroffenes Land legt China großes und wachsendes Gewicht auf globale Abstimmung und ist angewiesen auf effektive Wege aus der Krise. Zur Förderung einer global abgestimmten Politik vertreten in China manche Wissenschaftler die Forderung nach einer dauerhaften Aufwertung des G20-Mechanismus zu einem Gipfel auf Ebene der Staats- und Regierungschefs. Andere Vorschläge zielten auf eine Aufwertung des G8+5-Mechanismus zu einem dauerhaften G13-Gipfel-Turnus. Es überwiegt dabei die Auffassung, dass eine Aufwertung von G20 zu L20 die realistischere und aussichtsreichere Reformalternative sei. Denn einerseits bräche diese Aufwertung keinen bestehenden Organisationsrahmen und würde insbesondere die Fortsetzung von G8-Gipfeln nicht unmittelbar in Frage stellen. Damit wäre dieser Weg für die wichtigsten Industrienationen und insbesondere die USA wohl akzeptabel. Zusätzlich könnten die Schwellenländer an G20-Gipfeln als voll berechtigte Mitglieder oder gar als Gastgeber auftreten, anstatt lediglich als Gast der G8 an der Diskussion über internationale Angelegenheiten teilzunehmen. Eine Gleichbehandlung wäre erreicht. Drittens verkörpert die Gruppe der G20 oder L20 ein angemessenes Gleichgewicht zwischen entwickelten und sich entwickelnden Volkswirtschaften, was den Entwicklungsländern insgesamt einen gleichberechtigten Dialog ermöglicht.

Die Krise an den amerikanischen Finanzmärkten, ausgelöst durch die US-Subprimekrise, hat die ganze Welt erfasst und hat sich zu einer globalen Finanzkrise entwickelt. Zur Begegnung dieser Krise ist es für alle Volkswirtschaften der Welt erforderlich, ihre Maßnahmen miteinander abzustimmen. Auch unter Berücksichtigung von Faktoren wie Repräsentativität und Autorität wurden die G20-Gipfel initiiert. Nachdem US-Präsident Bush einen Weltfinanzgipfel der G20 in Washington für

2008 vorgeschlagen hatte, reagierte China umgehend und unterstützte den Vorschlag. Präsident Hu Jintao nahm an den beiden bisherigen Gipfeln in Washington und London teil und wird auch am dritten G20-Gipfel in Pittsburgh teilnehmen.

G20 ist ein wichtiger Mechanismus für die Abstimmung in internationalen wirtschaftlichen und politischen Angelegenheiten. In China besteht eine sehr hohe Bereitschaft zur Mitwirkung an diesem effektiven Mechanismus. Zwar bringt sich China als „Stammgast" aktiv auf den G8-Gipfeln ein. Die G8 ist jedoch in der Bewertung Chinas ein Klub der Industrienationen. Er behandelt breit gefächerte Themen, insbesondere auch politische, wobei die Stimme der Gäste nur begrenzt zählt. China würde es begrüßen, wenn es sich die G20 langfristig etablieren könnten und zu einer wirksamen Koordination der internationalen Sozialpolitik beitragen. Sie sollte aus chinesischer Sicht nicht nur als „Übergangsbühne" errichtet werden, die nur während der aktuellen Krise dem Auftritt gewichtiger Spitzenpolitiker aus aller Welt dient.

Die weitere Entwicklung der G20 ist an sich jedoch ungewiss. De facto ist sie bisher ein Übergangsmechanismus. Ob die Talsohle der Finanzkrise und die Erholung der Weltwirtschaft das Ende des G20-Mechanismus bedeuten wird, ist ganz offen. So hat zum Beispiel die französische Regierung bereits Ersatzkonzepte für den G20-Mechanismus vorgeschlagen.

Wenn G20 ein beständigeres Format der internationalen Abstimmung würde, wäre von China eine engagierte Teilnahme zu erwarten. Traditionell basiert Chinas Zusammenarbeit mit der Außenwelt im Wesentlichen auf einem Gefüge von bilateralen Beziehungen, das durch multilaterale Initiativen ergänzt wird. Der Bilateralismus steht im Vordergrund; die multilaterale Bühne verleiht jedoch mehr Glanz. Im multilateralen Rahmen will China jetzt aktive Beteiligung demonstrativ einbringen. Mit der Vertiefung der Globalisierung und insbesondere nach der globalen Finanzkrise sieht sich China nunmehr als ein unentbehrliches Mitglied der Weltpolitik und -wirtschaft. Die Bedeutung multilateraler Abstimmungen ist für China wesentlich stärker ins Bewusstsein getreten. Multilaterale Mechanismen wie G20 werden für China von einer „Bühne" zu einer „Plattform" von herausgehobener Bedeutung für die Außenwirtschaft und -politik. Dementsprechend sieht China seine Rolle im Wandel vom Gast zum regulären Teilnehmer und Gastgeber und gewinnt auch damit zunehmend an Bedeutung.

CHINAS ANLIEGEN

Auf dem Washingtoner Gipfel war man zu einem Konsens über die Gründe für die Finanzkrise gelangt. Man hatte sich auf die Bekämpfung des Handelsprotektionismus durch stärkere Zusammenarbeit und Unterstützung des Wirtschaftswachstums verständigt. Zu hören war der Ruf nach einer Reform des Weltfinanzsystems, damit sich eine derartige Krise nicht wiederholen würde. Der erste Gipfel scheint damit vor allem den Abstimmungsmechanismen der G-0 eingeführt zu haben; konkrete Politikentscheidungen gelangen noch nicht. Der Londoner Finanzgipfel war dagegen konkreter: Die Staatsoberhäupter und Regierungschefs der G20 kamen zu Maßnahmen zur Ankurbelung der Weltwirtschaft, Verschärfung der Finanzkontrolle, die Förderung des Welthandels, die Reform internationaler Finanzinstitutionen und die Förderung nachhaltiger Entwicklung überein.

Aus jetziger Sicht sind große Fortschritte auf folgenden Gebieten zu verzeichnen: (1) zusätzliche 500 Milliarden US-Dollar für den IWF; (2) Zustimmung zu 250 Milliarden US-Dollar Quoten im Rahmen der IWF-Sonderziehungsrechte; (3) Zustimmung zu Zusatzkrediten von mindestens 100 Milliarden US-Dollar durch multilaterale Entwicklungsbanken und (4) das Gewähren von 250 Milliarden US-Dollar zur Förderung des Welthandels. Eine deutliche Erholung des internationalen Handels und der Weltwirtschaft war jedoch noch nicht abzusehen. Und in den Bereichen der Finanzaufsicht, des Abbaus von Handelsprotektionismus und der Reform internationaler Finanzinstitutionen waren die Fortschritte nicht zufriedenstellend. Die G20-Gipfelteilnehmer betonten in Washington und London jeweils den Konsens über die Bekämpfung des Protektionismus und die Vermeidung einer nach innen gerichteten Politik. Im Laufe der Ausdehnung und Vertiefung der Krise lebten Handelsprotektio-

nismus und andere Formen der Marktabschottung jedoch unverkennbar wieder auf. In der Frage einer nachhaltigen Entwicklung konzentriert sich die Weltgemeinschaft zu sehr auf den Klimawandel und vernachlässigt dabei Fragen wie die Verwirklichung der Millenniums-Entwicklungsziele, Nahrungsmittelsicherheit, Gesundheit und Entwicklungsfinanzierung.

Seit dem Washingtoner Finanzgipfel hat die chinesische Regierung entschlossene Maßnahmen ergriffen: Dazu gehören ein 4000 Milliarden RMB umfassendes Konjunkturpaket, die gezielte Förderung von zehn strategisch wichtigen Industriebranchen und eine Reihe regionaler Entwicklungspläne. Es stellt das weltweit umfassendste Konjunkturprogramm dar. Die wirtschaftlichen Anreize haben im zweiten und dritten Quartal 2009 zu einer schnellen Erholung von Chinas Wirtschaft geführt und einen wesentlichen Beitrag zum Wachstum der Weltwirtschaft geleistet. Wächst Chinas Wirtschaft tatsächlich um acht Prozent, kann dies wohl einen 50-prozentigen Beitrag zur Erholung der Weltwirtschaft leisten. Parallel zur Förderung eines stabilen Wachstums der heimischen Wirtschaft beteiligt sich China auch aktiv an der Zusammenarbeit zur Finanzierung des multilateralen, regionalen und bilateralen Handels und pflegt dadurch die Stabilität des Handelssystems. Seit Dezember 2008 hat die Chinesische Volksbank (PBC) bilaterale Währungstausch-Abkommen mit Währungsbehörden Koreas, Malaysias, Weißrusslands, Indonesiens und anderen umliegenden Volkswirtschaften unterzeichnet. So unterstützt China diese Volkswirtschaften dabei, ihre Fähigkeiten zur Krisenbegegnung zu steigern. Ferner baute China gezielt seinen Import aus den USA, Europa und anderen Regionen aus.

CHINA KNÜPFT EINE REIHE VON ERWARTUNGEN AN PITTSBURGH

An erster Stelle genannt sei eine bessere Abstimmung der globalen Politik. Zwar hat die Finanzkrise die Talsohle bereits erreicht. Die Erschütterung der realen Wirtschaft wird jedoch fortschreiten. Die Erholung der Weltwirtschaft befindet sich in einer entscheidenden Phase. Es gilt nun für alle Länder, für Kontinuität und Stabilität der makroökonomischen Entscheidungen zu sorgen und damit zur Erholung der Weltwirtschaft beizutragen. In China besteht eine hohe Bereitschaft zur Abstimmung mit allen Staaten. Koordiniertes Vorgehen, kluge Planung – basierend auf möglichst realistischen Erwartungen über den weiteren Verlauf der Krise – sollen Bestandteil der makroökonomischen Steuerung insgesamt sein. Dabei ist eine an Ergebnissen orientierte Zusammenarbeit in vielen Bereichen und auf unterschiedlichen Ebenen voranzutreiben. So können chaotische, kontraproduktive Vorgänge wie gegenseitige Schuldzuweisungen und das Abwälzen von Verantwortung auf Nachbarn vermieden und die Kräfte für die Erholung der Wirtschaft gebündelt werden.

Ein zweites Hauptanliegen ist die Bekämpfung des Protektionismus jeglicher Art. Aus verschiedenen Gründen sehen sich China und andere Entwicklungsländer im Moment mit Handels- und Finanzprotektionismus konfrontiert. Dies wirkt sich negativ auf die Wiederbelebung von Handel und Investitionen aus. Der Beitrag der Ausfuhr zu Chinas Wirtschaftswachstum ist von etwa 40 Prozent im Jahr 2007 drastisch auf 20 Prozent im ersten Halbjahr 2009 gesunken; auch Chinas Investitionen im Ausland sind auf große Schwierigkeiten gestoßen.

Eine dritte Priorität Chinas gilt der Reform internationaler Finanzinstitutionen. Alle betroffenen Parteien sollen nun nach der auf dem Londoner Gipfel festgelegten Agenda die Reform dieser Institutionen vorantreiben, die Struktur der Einlagen und Stimmrechte anpassen sowie Repräsentativität und Mitsprache der Entwicklungsländer wesentlich erhöhen.

Viertens erwartet China Fortschritte beim Finanzkontrollsystem. Es gilt, die Überwachung in globalem Maßstab zu verschärfen und die Krisen-Frühwarnung zu verbessern. Dazu gehört auch, die Auswirkungen der prozyklisch wirkenden Faktoren des Finanzsystems besser kontrollieren zu können. Internationale Zusammenarbeit bei der Überwachung und beim Krisenmanagement ist – auf der Basis souveräner Überwachung – zu stärken. Für mehr Objektivität, Übereinstimmung und Effektivität internationaler Finanzkontrollstandards ist zu sorgen sowie Kernprinzipien des Systems wirksamer Spareinlagen und Ver-

sicherungen sowie Schutzmechanismen für Investoren sind zu vervollkommnen und zu verbreiten.

Eine fünfte, für notwendig gehaltene Veränderung betrifft die Überwindung der zu starken Abhängigkeit des internationalen Finanzsystems vom US-Dollar zu Gunsten einer Diversifizierung des internationalen Währungssystems. Auch dies wäre nach Ansicht Chinas ein Beitrag zu mehr Rationalität im internationalen Finanzsystem.

Zheng Liansheng
Forschungszentrum International Finance
Chinesische Akademie für Sozialwissenschaften

EUROPÄISCHE UNION

ZWISCHEN MOTORFUNKTION UND INNEREUROPÄISCHEN DIFFERENZEN

Am 17. September findet in Brüssel ein Sondergipfel der Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union statt. Ziel ist es, die Positionen der Mitgliedstaaten im Vorfeld des G20-Gipfels von Pittsburgh vom 24. bis 25. September zu koordinieren. Da der folgende Bericht vor diesem Sondergipfel verfasst wurde, kann er nur einen vorläufigen Überblick über Erwartungen und Positionen in der EU vor dem G20-Gipfel bieten.

Der Sondergipfel ist dringend geboten. Während die EU intendiert, eine Motorfunktion im Rahmen der G20 zu übernehmen, wird sie durch innereuropäische Differenzen über Kernfragen der Reform des Wirtschafts- und Finanzsystems sowie der Finanzierung der Klimapolitik geschwächt. Zur Diskussion stehen die Regulierung der Vergütung im Finanzsektor, eine Exit-Strategie zu den Konjunkturpaketen, stärkere Kapitalregeln für Banken sowie die Finanzierung von Maßnahmen gegen den Klimawandel.

EU-MASSNAHMEN ZUR REFORM DES WIRTSCHAFTS- UND FINANZSYSTEMS

In Folge der G20-Gipfel von Washington und London wurden auf EU-Ebene bereits zahlreiche Maßnahmen zur Reform des Wirtschafts- und Finanzsystems initiiert. Eine zentrale Forderung der G20-Gipfel von Washington und London zielt auf die Stärkung von Regulierung und Aufsicht. In diesem Zusammenhang wird insbesondere die Notwendigkeit einer verschärften Kontrolle von Kreditratingagenturen und Hedgefonds akzentuiert, die als zentrale Faktoren für die Wirtschafts- und Finanzkrise gelten. Bereits im November 2008 unterbreitete die Europäische Kommission Vorschläge zur Regulierung von Kreditratingagenturen, die im April 2009 Europäisches Parlament und Ministerrat passierten. Zentrales Element stellt dabei die Registrierung der Agenturen dar, kontrolliert durch den Ausschuss der europäischen Regulierungsbehörden (CESR) und voraussichtlich ab 2010 durch eine paneuropäische Behörde.

Zudem schlug die Kommission im April neue Regeln für sogenannte „alternative Investmentfonds" vor, das heißt für Hedgefonds und Private Equity Firmen. Die Regulierungsinitiative zielt darauf ab, deren Aufsicht zu verbessern und systemische Risiken auszuschließen. Entsprechend sieht der Kommissionsvorschlag vor, dass in der EU ansässige Manager alternativer Investmentfonds sich registrieren und ihre Aktivitäten offen legen. Das neue Regelwerk befindet sich aktuell in der Diskussion zwischen Parlament und Ministerrat. Ferner wurden Regulierung und Aufsicht im Versicherungssektor reformiert und Maßnahmen in den Bereichen Eigenkapitalvorschriften, Vergütungspolitik und Reform der europäischen Finanzaufsicht lanciert. Mithin konnten wichtige Reformen des europäischen Wirtschafts- und Finanzsystems initiiert werden.

EIN SIGNAL DES AUFBRUCHS UND DER GESCHLOSSENHEIT

Am 3. September 2009 sendeten der französische Staatspräsidenten Nicolas Sarkozy, der britische Premierminister Gordon Brown und Bundeskanzlerin Angela Merkel ein Signal des Aufbruchs und der Geschlossenheit aus, indem sie einen ge-

meinsamen Brief an die schwedische EU-Ratspräsidentschaft verfassten. Ziel dieses Briefes ist es, eine gemeinsame Position der europäischen G20-Mitglieder zu formulieren und die Aufmerksamkeit aller EU-Mitgliedstaaten auf Kernfragen des G20-Gipfels in Pittsburgh zu lenken.

In ihrem Brief betonen die Staats- und Regierungschefs die Notwendigkeit, Maßnahmen zur Stimulierung der Konjunktur zu implementieren und Exit-Strategien für die Zeit nach der Krise zu koordinieren. Des Weiteren wird die Entwicklung eines Regulierungsrahmens für den Finanzsektor als eine Priorität für den kommenden G20-Gipfel festgehalten. Besondere Berücksichtigung erfährt dabei die variable Vergütung in dieser Branche: Governance, Transparenz und Anreize sollen reformiert werden. Die Verfasser gehen ferner auf die Notwendigkeit stärkerer Kapitalregeln ein und dringen auf Implementierung der Basel II-Mechanismen. Darüber hinaus fordern sie eine Auseinandersetzung mit dem „Moral Hazard"-Problem systemisch relevanter Finanzinstitutionen, Maßnahmen gegen kooperationsunwillige Staaten beim Austausch von Steuerinformationen sowie die Reform der internationalen Finanzinstitutionen.

Aus deutscher Sicht stellt die Forderung nach Entwicklung der „Charta für nachhaltiges Wirtschaften" ein besonders wichtiges Signal dar. Im Rahmen der Charta setzt sich die Bundesregierung aktiv für die Entwicklung eines globalen Ordnungsrahmens der Sozialen Marktwirtschaft ein. Damit kann der gemeinsame Brief als Kern für eine gemeinsame EU-Position zum G20-Gipfel bewertet werden.

AUF DER SUCHE NACH EINER GEMEINSAMEN EU-POSITION

Während innerhalb der EU grundsätzlicher Konsens über die Notwendigkeit von Reformen besteht, konnten Differenzen über ihre konkrete Form bis dato nicht überwunden werden. Grundsätzlich besteht Einigkeit, in Pittsburgh mit der bestehenden Bonuskultur zu brechen. Die Kommission lancierte bereits im Juli eine entsprechende Gesetzesinitiative, die unter anderem Banken und Wertpapierfirmen zu einer soliden Vergütungspolitik verpflichtet. Ferner betonte der schwedische Finanzminister Anders Borg im Anschluss an das Treffen der EU-Finanzminister am 2. September 2009, alle Mitgliedstaaten unterstützten eine strikte EU-Position in Hinblick auf den G20-Gipfel. Borg forderte, dass künftige Regeln eine enge Verbindung zwischen Risikoübernahme und langfristigen Auswirkungen garantieren müssten. Dennoch bestehen Differenzen über die Form zukünftiger Regulierung: Frankreich wirbt intensiv für eine harte EU-Haltung und hat bereits Vorschläge unterbreitet, die unter anderem auf verpflichtende Bonusgrenzen abzielen. Dies wird von Großbritannien jedoch abgelehnt.

Ferner beabsichtigen die EU-Mitgliedstaaten, auf stärkere Eigenkapitalregeln für Banken zu drängen. Während jedoch Frankreich und Deutschland die vollständige Annahme der Basel II-Regeln durch weitere Staaten präferieren, unterstützt Großbritannien die radikaleren Reformvorschläge des US-Finanzministers Timothy Geithner.

Schließlich besteht Dissens über den richtigen Zeitpunkt des Ausstieges aus den Konjunkturpaketen: Während Frankreich und Deutschland auf die Entwicklung einer Exit-Strategie pochen, hat sich Großbritannien der US-Forderung nach Weiterführung der Konjunkturpakete angeschlossen.

Darüber hinaus bemüht sich die EU in Vorbereitung auf den G20-Gipfel sowie auf die UN-Klimaschutzkonferenz in Kopenhagen vom 7. bis 18. Dezember 2009 um eine gemeinsame Position zur Bekämpfung des Klimawandels. In diesem Zusammenhang formulierte der schwedische Umweltminister Andreas Carlgren die Erwartung an die Schwellenländer, Kürzungen ihrer Emissionen von bis zu einem Drittel vorzunehmen. Mit ihrem Vorschlag vom 10. September 2009 zur Finanzierung der Klimapolitik bemüht sich die Kommission, einer EU-Position stärkere Konturen zu verleihen. Erwartet wird, dass Entwicklungsländer ab 2020 jährliche Kosten von 100 Billionen Euro werden tragen müssen, um Maßnahmen gegen den Klimawandel zu finanzieren. Für den Fall, dass in Kopenhagen ein ambitioniertes Abkommen verabschiedet wird, hält die Kommission ab dem Jahr 2020 einen EU-Finanzierungsbeitrag von

zwei bis 15 Billionen Euro jährlich für möglich. Es ist jedoch unwahrscheinlich, dass sich die Mitgliedstaaten noch vor dem G20-Gipfel auf eine gemeinsame EU-Position festlegen werden. Bereits auf dem Gipfel der Staats- und Regierungschefs vom 18.-19. Juni 2009 konnte keine Einigung über konkrete Summen für einen globalen bzw. EU-internen Beitragsschlüssel erzielt werden. Strittig bleibt die Gewichtung der Faktoren Finanzkraft und Emissionen, da sie signifikante Auswirkungen auf die Beiträge einzelner Mitgliedstaaten hat.

FAZIT

Im Anschluss an die G20-Gipfel von Washington und London wurden auf EU-Ebene zahlreiche Gesetzesinitiativen auf den Weg gebracht. Um auf dem G20-Gipfel in Pittsburgh Reformen auch auf internationaler Ebene zu erreichen, bedarf es jedoch einer gemeinsamen EU-Position zu Kernfragen wie der Regulierung der Vergütung im Finanzsektor, einer Exit-Strategie aus den Konjunkturpaketen, stärkeren Kapitalregeln für Banken und der Finanzierung der Klimapolitik. Abzuwarten bleibt, inwiefern es den Staats- und Regierungschefs auf ihrem Sondergipfel vom 17. September gelingt, die notwendige Geschlossenheit zu demonstrieren.

Joscha Ritz
KAS-Europabüro Brüssel

FRANKREICH

VERLAUF UND BEWERTUNG DES G20-MECHANISMUS IN FRANKREICH

Im Rahmen der internationalen Finanzkrise hat sich die französische Regierung sehr früh – ab Ende September 2008 – für die Rettung angeschlagener nationaler Konzerne eingesetzt. In seiner Funktion als EU-Ratspräsident bekräftigte Staatspräsident Nicolas Sarkozy darüber hinaus sein Anliegen, international abgestimmte Lösungsstrategien herbeizuführen.

In diesem Zusammenhang hielt er noch 2008 zwei Grundsatzreden: Dabei plädierte Sarkozy für eine verbesserte, weltweite Überwachung des Finanz- und Wirtschaftssystems und betonte die Notwendigkeit, „den Finanzkapitalismus zu moralisieren und einen regulierten Kapitalismus aufzubauen". In der Folge schlug er vor, Ende 2008 die am stärksten von der Krise betroffenen Länder zu versammeln, um Lehren aus der Finanzkrise zu ziehen und Maßnahmen zur Reorganisation der Weltwirtschaft zu finden. In diesem Sinne versteht sich der französische Staatspräsident als Initiator der neuen, konsolidierten G20, die zu einer Neubegründung der internationalen Finanzordnung führen soll, und hält den G20-Mechanismus für die beste Lösung zur Überwindung der weltweiten Finanzkrise. Seiner Einschätzung nach ist die Welt nicht mit einer Krise des Kapitalismus an sich konfrontiert, sondern mit der „Krise eines Systems, das sich von den grundlegenden Werten des Kapitalismus entfernt hat, das den Grundgedanken des Kapitalismus missbraucht hat" und nun beaufsichtigt und reguliert werden müsse. Zu den grundlegenden Vorteilen des Kapitalismus zählt Sarkozy unter anderem langfristiges Wachstum, Schaffung von produktivem Kapital, eigenverantwortliches Wirtschaften „den Vorrang des Unternehmers vor dem Spekulanten und die Belohnung von Arbeit, Mühe und Initiative" (Rede in Toulon, 25.09.08).

FÜR EUROPA: ENGE DEUTSCH-FRANZÖSISCHE ZUSAMMENARBEIT

Im letzten Quartal des Jahres 2008 demonstrierte Paris während der EU-Ratspräsidentschaft sein Engagement, europaweit einheitliche Antworten auf die Krise zu erarbeiten und gemeinsame Vorschläge zur Neugründung einer internationalen Wirtschaftsordnung vorzubereiten. So war es Frankreichs Absicht, beim europäischen G4-Gipfel am 4. Oktober 2008 in Paris, die Positionen Deutschlands, Großbritanniens, Italiens und Frankreichs im Vorfeld des G7-Treffens der Finanzminister am 10. Oktober in Washington zu koordinieren. Nach der französischen EU-Ratspräsidentschaft wurde dem deutsch-französischen Tandem wieder mehr Gewicht beigemessen. Staatspräsident Sarkozy und Bundeskanzlerin Merkel setzten sich gemeinsam dafür ein, konkrete Empfehlungen anlässlich des zweiten G20-Gipfeltreffens am 2. April 2009 in London vorzubereiten. Dazu trafen sich die europäischen G20-Mitglieder im Februar 2009 in Berlin und legten ihr weiteres Vorgehen fest, das dann von Sarkozy und Merkel sowohl im Vorfeld als auch während des G20-Gipfels in London als europäische Position vertreten wurde. Wie es hier gesehen wird, bemüht sich Paris zusammen mit Berlin, das Sprachrohr Europas für Lösungsstrategien in der Finanzkrise zu bilden. Und in der Tat gelang es durch das Zusammenspiel beider Länder auch, mehrere europäische Vorstellungen in die Gip-

felergebnisse einzubringen. Dazu zählen Aufsichts- und Regulierungsmaßnahmen für den Finanzmarkt (u.a. bei Hedgefonds und Steueroasen), die Erhöhung der Mittelausstattung des IWF sowie die Einführung einer internationalen Charta für nachhaltiges Wirtschaften.

POSITION DER FRANZÖSISCHEN REGIERUNG

Der französische Staatspräsident bemüht sich weiterhin, als engagierter Wegbereiter internationaler Regulierungsmaßnahmen der Finanzmärkte wahrgenommen zu werden. Seine Absicht ist dabei, die von Frankreich ergriffenen innenpolitischen Finanzreformen auch auf der internationalen Ebene durchzusetzen (*Le Monde*, 26.08.2009). Dazu gehören insbesondere die Bekämpfung der Steuerflucht sowie die Begrenzung von Boni für Bankmanager. Diese Positionierung wurde von der nationalen und internationalen Presse (so z.B. im *Handelsblatt*, 27.08.2009) als Vorreiterrolle gewürdigt.

Für erfolgreiche Verhandlungen der G20 in Pittsburgh betont Sarkozy weiterhin die Notwendigkeit einer „deutsch-französischen Achse" für die EU (*Le Figaro*, 01.09.2009). Nach hiesiger Interpretation konnte er Bundeskanzlerin Merkel bei einem gemeinsamen Treffen in Berlin am 31. August 2009 für seine Vorstellungen gewinnen: Gemeinsam forderten sie, wie auch schon anlässlich des Gipfeltreffens in London im April 2009, die Austrocknung von Steueroasen sowie die Durchsetzung globaler Finanzmarkt-Regulierungen. Die Risikobereitschaft einer Bank soll sich künftig nach der Eigenkapitaldecke richten, damit der Staat im Falle gescheiterter Finanzgeschäfte nicht einspringen muss. Neu hinzugekommen waren internationale Höchstgrenzen für Bonuszahlungen bei Banken sowie eine Malus-Regelung, die negative Geschäftsentwicklungen von Banken mit Gehaltseinbußen quittieren soll.

So bekräftigte denn auch die französische Finanzministerin Christine Lagarde während des Finanzministertreffens am 4. und 5. September 2009, dass die Europäer entschlossen seien, die bisherigen Bonus-Regeln zu ändern. Damit reagierte sie auf die kritische Haltung der USA gegenüber diesem Vorschlag. Insgesamt erwarte Lagarde jedoch spannungsgeladene und komplizierte Verhandlungen in Pittsburgh, deren Ausgang ungewiss seien (Interview in der Wirtschaftszeitung *La Tribune* vom 07.09.2009).

VERHALTENES STIMMUNGSBILD IN DEN MEDIEN UND UNTER EXPERTEN

Presse wie auch Expertenstimmen sind demgemäß nicht gerade optimistisch bezüglich der zu erwartenden Ergebnisse des G20-Gipfels in Pittsburgh. Insgesamt wird die französische Initiative zur Regelungen von Bonuszahlungen im In- sowie im Ausland zwar begrüßt (*Le Monde*, 29.08.2009), der internationale Einfluss der deutsch-französischen Allianz wird jedoch eher kritisch hinterfragt. Die großen überregionalen Tageszeitungen wie auch Experten bezweifeln, dass die europäischen Forderungen zur Begrenzung von Bonuszahlungen in Pittsburgh durchgesetzt werden können. Die Tageszeitung *Le Monde* (29.08.2009) befürchtet, dass die amerikanischen Banken schnell wieder zu den vorherigen Methoden zurückkehren werden und legislative Einschränkungen von Sonderzahlungen an der Kraft des Wall-Street-Lobbyismus scheitern werden.

Laut der Wirtschaftszeitung *Les Echos* (04.09.2009) genügt die erzielte Einigung innerhalb der EU zur Bonus-Begrenzung keinesfalls, um die Finanzwirtschaft dauerhaft zu konsolidieren. Es wird bezweifelt, dass die USA sich an die Regelungen halten werden. Zudem warnt das Blatt vor französischen Alleingängen in der Bonus-Frage, die der Wettbewerbsfähigkeit Frankreichs schaden könnten (25.08.2009).

Der bekannte Wirtschaftsexperte des KAS-Partners IFRI (*Institut français des relations internationales*), Jacques Mistral, argumentiert ähnlich und bezweifelt insgesamt, dass das deutsch-französische Tandem Einfluss auf die Regulierung der Finanzmärkte ausüben kann (*La Croix*, 02.09.2009). Beim bevorstehenden G20-Treffen in Pittsburgh dürfte es seiner Meinung nach für die US-Regierung schwer werden, die Unterstützung des Kongresses für die Höchstgrenze von Bonuszahlungen zu bekommen. In Europa werde der Einfluss von Kongress und Interessengruppen

auf die amerikanische Politik zu oft unterschätzt. Zudem könne die Begrenzung der Boni nicht wesentlich zur Vermeidung einer neuen Krise beitragen. Entscheidend sei vielmehr, dass die USA nicht wieder in eine Schuldenspirale einträten, was nicht von europäischen Positionen beeinflusst werden könne.

FAZIT IM VORFELD: EIN LANGER WEG

Staatspräsident Sarkozy treibt innenpolitisch eine stärkere Regulierung der Finanzmärkte voran. Wie es in Paris gesehen wird, schloss sich Bundeskanzlerin Merkel dem Wunsch Sarkozys an, solche Regelungen auf internationaler Ebene zu vertreten. Beide stimmen sich eng ab und gelten, wie hier gerne zitiert, als „deutsch-französische Achse" innerhalb der EU. Dies wird als neue Qualität einer sehr guten Zusammenarbeit mit Deutschland bewertet. Nachdem sich auch die Briten dieser „Achse" angeschlossen haben, sprach die französische Finanzministerin Christine Lagarde von einer „geschlossenen europäischen Front" auf dem bevorstehenden G20-Gipfel in Pittsburgh. Insgesamt bezweifeln Medien und Experten jedoch, dass die europäische Position in den Verhandlungen ausreichend Gewicht zur Durchsetzung hat und stellen die Frage, ob die europäischen Vorschläge einen entscheidenden Beitrag zur grundlegenden Veränderung des globalen Finanzsystems leisten können.

Dazu merken Fachleuten an, dass bislang von keiner Seite ein schlüssiger Plan für Kontroll-, Regulierungs- und Schutzmechanismen vorliege, der am Kern der komplexen Probleme bzw. einer fundamentalen Umgestaltung des internationalen Finanzsystems ansetze. Dabei sei noch nicht einmal klar, wie stark in die Märkte eingegriffen werden könne bzw. solle und wie die Schaffung und Befugnisse eines geeigneten internationalen „Gesamtregulierers" konkret zu gestalten seien. Bei den zentralen Maßnahmen zur Überwachung und Transparenz des Derivatbereichs sowie Auflagen zur Liquiditätsversorgung der Banken sei voraussichtlich auch auf dem Gipfel in Pittsburgh keine Übereinstimmung zu erzielen. Eine gemeinsame G20-Koordination werde noch lange auf sich warten lassen, da unterschiedliche und divergierende ökonomische Interessenlagen zwischen Ländern wie den USA, China, Indien, Brasilien und Europas bestünden.

Jörg Wolff
Céline Caro
Joana Bieker
KAS-Auslandsbüro Paris

GROSSBRITANNIEN

In Großbritannien mischen sich die ersten vorsichtigen Zeichen einer beginnenden Erholung der Wirtschaft – für andere lediglich eine Verlangsamung des Falls (*parachuting*) – mit den Sorgen um die langfristigen Perspektiven für den Bankenstandort London, den britischen Arbeitsmarkt, die soziale Stabilität des Landes sowie die künftigen Gestaltungsspielräume der öffentlichen Haushalte.

FUNDAMENTALE ERSCHÜTTERUNG DURCH DIE KRISE

Grundsätzlicher beginnt daneben eine Diskussion über Werte, den Zusammenhalt einer zunehmend gespaltenen Gesellschaft, die Zukunftsfähigkeit des „Anglo-Amerikanischen Modells" sowie die Sorgen über wachsende Abhängigkeiten, insbesondere von China und Indien. In der Politik, die sich dem Druck eines aufziehenden Wahlkampfes ausgesetzt sieht, ist darüber hinaus zu entscheiden, wie auf zunehmend nationalistische Töne zu reagieren ist, wenn zugleich die sachlichen Herausforderungen internationales Zusammenwirken erfordern. Damit stellt sich auch das Thema Europa für die Briten von Neuem und für manche auf unerwünschte Weise. Als Folge der Krise steht heute nahezu die Gesamtheit der innen- und außenpolitischen Konzepte Großbritanniens auf dem Prüfstand.

Angesichts einer derart komplexen Debatte kann es nicht verwundern, dass viele der jetzt benötigten Antworten vorläufig und oftmals eher taktischer Natur sind und selbst bei denen, die sie zu geben haben, Zweifel und Vorbehalte zurückbleiben. Klar ist: Es gibt weder eine Analyse der Ursachen der Wirtschafts- und Finanzkrise, noch Antworten darauf, auf die sich eine Mehrheit der Eliten in Politik, Wirtschaft, Wissenschaft oder Kirchen verständigen können.

So gesehen ist die Einigung der G20-Finanzminister und Zentralbank-Gouverneure auf ihrem Treffen vom 4. bis 5. September 2009 in London ein Erfolg, der sich auch in Pittsburgh fortsetzen sollte. Eine Verständigung auf Eckpunkte gemeinsamen Handelns bei Regulierung und Kontrolle, Standards und Jurisdiktion, Transparenz und Monitoring ist aber nicht nur erforderlich, um verlorengegangenes Vertrauen zurückzugewinnen, sondern auch, um den im Höhepunkt der Krise erreichten Konsens unter den G20-Staaten dann noch zu erhalten, wenn unter dem Eindruck der wirtschaftlichen Erholung Interessen wieder auseinanderzufallen drohen.

Diese Gefahr ist besonders in London zu beobachten, das um seine Rolle als globaler Finanzplatz bangt und deshalb – vom Bürgermeister angefangen – seine Lobbyisten ausschickt, um bei der eigenen Regierung, in Brüssel, New York und Washington die Katastrophe kleinzureden, die auch in der Londoner City ihren Ausgang nahm. Damit sollen die Konsequenzen eingedämmt werden, die auf den britischen Finanzplatz zukommen.

Solange Premierminister Gordon Brown und Schatzkanzler Alistair Darling mit der Geschlossenheit der übrigen G20-Partner – insbesondere der USA – rechnen können, werden sie aber ein international einheitliches Vorgehen mittragen. Sie haben es selbst angemahnt und initiiert.

Und die Forderung der Banken, ihnen jetzt „wieder die Freiheit" zu geben, weil sie nur so aus der Krise herauskommen könnten, die sie – bei Genuss weitreichender Freiheiten – mit angerichtet haben, löst nur bei Wenigen spontane Sympathien aus.

SCHWIERIGE INNENPOLITISCHE AGENDA

Schon bald nach Pittsburgh werden jedoch andere Themen die Debatte in Großbritannien bestimmen:

- Ist der „Neo-Liberalismus" als Modell für die Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung endgültig kollabiert? Wenn ja, was tritt an seine Stelle?
- Wie kann verhindert werden, dass die britische Gesellschaft noch weiter auseinanderfällt? Wie kann neue Identität geschaffen werden? Welche Werte sollen künftig nicht nur privates Handeln, sondern auch das von Staat und Wirtschaft bestimmen?
- Welche Prioritäten setzt vor diesem Hintergrund eine neue britische Regierung für ihre Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik?
- Welche Folgen hat ein abgeschwächtes Wirtschaftswachstum für die Beschäftigung und damit die soziale Stabilität in Großbritannien?
- Wie geht die Regierung mit einem Schuldenpaket um, das noch die nachfolgenden Generationen zu schultern haben werden? Wo werden Steuern erhöht und Ausgaben gekürzt, um die nötige Haushaltsentlastung von jährlich ca. 90 Milliarden Pfund zu erreichen?
- Wie kann Betrieben geholfen werden, Eigenkapital zu erhöhen und Kredite zu erhalten, die sie zur Sicherung ihrer Existenz und der Arbeitsplätze brauchen, wenn der Staat bereits die Grenzen dessen überschritten hat, was er über Konjunkturpakete leisten kann?
- Wo verläuft die Grenze zwischen der Überschuldung des Staates und der Gefahr, dass durch einen Rückzug des Staates aus der Rezession eine Depression wird?

HOFFNUNG AUF EINEN KONSOLIDIERTEN G20-MECHANISMUS

Manche der Fragen stellen sich so oder ähnlich auch in anderen Ländern. Vor diesem Hintergrund hat der G20-Prozess auch aus britischer Sicht wichtige Funktionen: Er nimmt die Einsicht auf, dass viele der Herausforderungen nur international abgestimmt und koordiniert zu bewältigen sind und erleichtert durch gemeinsames Vorgehen die Vermittlung von Entscheidungen in die beteiligten Länder hinein.

Zugleich ist allerdings offenkundig, dass die Ausgangs- und Interessenlage der G20-Mitglieder für gemeinsamen Strategien und Konzepten Grenzen setzt. Letztendlich werden sich politische Entscheidungsträger an den Interessen ihres Landes zu orientieren haben und daran, wie deren Wahrnehmung sich auf ihre Wahlchancen auswirkt. Solange es gelingt, auch diese Überlegung zum Bestandteil gemeinsamer Beschlüsse zu machen, wird der G20-Prozess zu einem wichtigen Instrument internationalen Zusammenwirkens auch über die Krise hinaus werden können.

Die zu Selbstkritik fähigen Beteiligten an der Debatte räumen ein, dass sich die Positionierung Großbritanniens international, insbesondere auch als Folge der Krise, verändern wird. Die Verschiebungen der globalen Schwerpunkte zugunsten insbesondere Chinas und Indiens, aber auch großer Teile von Lateinamerika, verändern Abhängigkeiten und Einflusszentren. Daneben hat die Krise dem „westlichen Modell" in seiner spezifisch Londoner Ausprägung Strahlkraft und Vorbildcharakter genommen. Vor diesem Hintergrund erscheint es vielen schon als Erfolg, wenn es auch in Zukunft gelingt, China und Indien weiterhin in den G20-Prozess eingebunden zu halten.

Thomas Bernd Stehling
KAS-Auslandsbüro London

INDIEN

Blickt man zurück auf die Erwartungen der überwiegenden Mehrheit der Inder auf den G20-Gipfel der Staats- und Regierungschefs in London im April 2009, so waren mit dem Treffen angesichts der Wirtschaftskrise große Hoffnungen verbunden. Angefacht wurden diese hohen Erwartungen durch den britischen Premierminister Gordon Brown, der von einem neuen „Bretton Woods" und einem „Global New Deal" gesprochen hatte. Damals hatten die indischen Medien von einem ersten möglichen Schritt in eine neue Weltordnung gesprochen, auf der Ebene der politischen Entscheider herrschte Optimismus und auch der indische Aktienmarkt (SENSEX) reagierte positiv (*www.eastasiaforum.org*, 28.08.2009). Zwar wurde auf dem Gipfel beschlossen, das Budget des IWF in erheblichem Maße aufzustocken, auch wurden anderen internationalen Institutionen zusätzliche Mittel für Stimuli zugesagt; jedoch ist mittelfristig die Wirkung des Londoner Gipfels bereits verpufft. Das mag auch daran liegen, dass die indische Wirtschaft weitaus weniger als andere Länder von der internationalen Finanzmarktkrise getroffen wurde Die Erwartungen an den G20-Gipfel in Pittsburgh in einigen Tagen fallen nun weniger euphorisch aus, sind dafür aber an Sachzielen orientiert.

MITSPRACHRECHTE AUF AUGENHÖHE FÜR DIE SCHWELLENLÄNDER

„Mehr Macht und Stimmrechte den Schwellenländern", so könnte man die Erwartungshaltung Indiens und der anderen BRIC-Staaaten (Brasilien, Russland, Indien und China) im Bezug auf den bevorstehenden Gipfel zusammenfassen. Diese hatten bei dem G20-Finanzminister-Treffen am 5. September 2009 in London genaue Forderungen für ihren Status bei der Weltbank vorgelegt. Man rechnet darüber hinaus auch mit einem „maßgeblichen Fortschritt" bei der Frage der Reform IWF. Die Forderungen nach einer Reform der Stimmrechte im IWF und stärkerer Gewichtung der Schwellenländer bei der Weltbank, so der indische Finanzminister Pranab Mukherjee, sei als eine Grundvoraussetzung für die Anpassung der G20 an die neue Weltordnung zu verstehen (*www.thehindu.com*, 06.09. 2009).

Der Governor der Reserve Bank of India, D. Subbarao, verwies in seinem Statement auf der einer Fachkonferenz der KAS in Neu Delhi zur Finanzmarktkrise aus Sicht der G20-Staaten am 14. und 15. September 2009 auf die wirtschaftlichen Entwicklungen der vergangenen beiden Jahre und nannte vier Aspekte an denen Indien – unter anderem im G20 Verbund – künftig arbeiten müsse:

- Ausgleich der globalen Ungleichheiten zwischen Industrie- und Schwellenländern.
- Internationale Koordination der Geldpolitik innerhalb der G20.
- Beschränkung von Inflation
- Ausbau der Beziehungen zwischen den Finanzmärkten, der Realwirtschaft und wirtschaftlichem Wachstum

Unter diesen vier Aspekten ist in Bezug auf Indien besonders die Inflation hervorzuheben: Die indische Rupie hat in den vergangenen vier Monaten im Verhältnis zum Euro etwa 10 Prozent an Wert verloren. Für die allgemeinen Preissteigerungen in Indien sind vor allem die stark gestiegenen Preise für Lebensmittel in Folge von Nahrungsmittelknappheit, die in der landwirt-

schaftlichen Produktion durch ausbleibende Regenfälle ausgelöst worden ist, verantwortlich. Daneben fügte Subbarao hinzu, dass Indien mit anderen Mitgliedern der G20 an stabilen internationalen Finanzmärkten arbeiten müsse, um weitere mögliche Krisenherde einzudämmen.

Auf der gleichen Konferenz betonte Montek Singh Ahluwalia, stellv. Vorsitzender der indischen *Planning Commission* und Sherpa für Indien in der G20, dass die Schwellenländer immer mehr an Bedeutung gewinnen würden und damit einhergehend das Einsehen der westlichen Industriestaaten, wichtige Schwellenländer und andere Schlüsselländer in globale Entscheidungsprozesse einzubeziehen, wachsen müsse. Im Bezug auf die wichtigen Institutionen in der Finanzkrise griff Ahluwalia insbesondere den IWF heraus, der in der Vergangenheit nicht immer eine glückliche Rolle gespielt habe – das gelte gerade für sein Verhältnis zu den Schwellenländern in Asien. Positiv sei, dass das Komitee zur Finanzstabilisierung des IWF nun mit allen Mitgliedern der G20 besetzt sei. Insgesamt müsse aber die Glaubwürdigkeit der Institutionen erhöht werden. Auf die Einzelstaaten der G20 bezogen äußerte Ahluwalia die Besorgnis, dass die Analyse der Krise nicht zu nationalem finanziellen Protektionismus führen dürfe, der letztlich nur den Schwellen- und Entwicklungsländern schade und den Industrieländern nicht nutze.

REFORM DER GLOBAL ECONOMIC GOVERNANCE

Ein weiteres Ziel der Inder sind Reformen im Bereich des IWF, der Weltbank und anderer multilateraler Entwicklungsbanken. Dabei geht es Delhi um die Stärkung grenzübergreifender finanzieller Kooperationen zum Nutzen der Schwellenländer. Daneben sind sich die Inder bewusst, dass sie auch für ihren Finanzmarkt ein nachhaltiges Risikomanagement einführen müssen: Die gegenwärtigen Mechanismen zur Früherkennung von finanziellen Risiken stammen noch aus den 1970er-Jahren und werden den Anforderungen der globalen Weltwirtschaft nicht gerecht. Soll ein solches System grenzübergreifend funktionieren, muss Indien schwergewichtige internationale Partner ins Boot holen. Dazu ist es notwendig, dass die Einzelstaaten und die dem System angeschlossenen Finanzmärkte und Institutionen auf einen Teil ihrer Souveränität verzichten (*Economic & Political Weekly*, 11.04.2009).

Gerade die Globalisierung und Liberalisierung der indischen Märkte in den vergangenen zwei Dekaden ist von starker Produktivität geprägt, aber in gleichem Maße fragil. Als ein Land mit einer hohen Zahl absolut armer Einwohner möchte Indien seine Märkte einerseits fair und andererseits robust gestalten. Wenn Indien dieser Spagat gelingt, steht dem Land im Rahmen zukünftiger Transformationsprozesse ein weiterer erheblicher Wachstumsschub bevor. Die Inder sind sich zwar darüber im klaren, dass die G20 nicht der perfekte Ort sind, um Führungsstärke an den Tag zu legen – bedingt durch alle Probleme, die der Subkontinent neben seinem wirtschaftlichen Wachstum hat. Allerdings ist Delhi Willens, die Möglichkeiten zu nutzen, die diese Staatenrunde bietet.

Mit den anderen BRIC-Staaten teilt man das Interesse an einer Veränderung der Strukturen der Weltbank. Dabei legen die Inder ihren Fokus auf globale öffentliche Güter. In diesem Zusammenhang möchte man die Funktionsstrukturen der Weltbank anders anordnen. Notfalls will man diese Institution aufteilen: Zum einen in eine Agentur zur Leistung Erster Hilfe für in Not geratene Staaten und zum anderen in eine traditionelle Geberorganisation, die weiterhin, so sehen es indische Medien, in ihrer Zielsetzung von der G8 dominiert wird (*www.business-standard.com*, 09.09.2009).

ZURÜCKHALTUNG BEI LIBERALISIERUNG DES BANKENWESENS

Verantwortliche der Reserve Bank of India haben sich auf erwähnter Fachkonferenz der KAS-Indien für eine protektionistische Haltung ausgesprochen, wenn es darum geht, die indischen Finanzmärkte für ausländische Kreditinstitute zu öffnen. Durch die verhältnismäßig starke Regulierung im indischen Bankensektor glaubt man, in der Krise gut gefahren zu sein. Eine Öffnung dieses Sektors, so fürchtet man, könne den Einfluss der Regulierungsinstitutionen senken. Diese Haltung will man aktiv gegenüber den anderen Partnern in der G20

verteidigen. Gerade hat das indische Finanzministerium hierzu eine *Roadmap* zur Regulierungskonvergenz entwickelt, die die Etablierung einer so genannten *Financial Stability and Development Authority* (FSDA) vorsieht (*The Indian Express*, 15.09.2009).

Fest steht, wenn sich die 19 bedeutendsten Wirtschaftsnationen und die EU in Pittsburgh treffen, um gegen die fortschreitende globale Rezession Lösungen zu suchen, dann erwarten die Inder, dass der Blick der Weltöffentlichkeit vor allem auch auf sie und die Probleme und Herausforderungen dieses Milliardenvolks gerichtet werden. Vielleicht wird es den Indern und anderen Schwellenländern noch nicht bei diesem Gipfel gelingen, sich mit ihren Forderungen durchzusetzen. Betrachtet man jedoch die Bevölkerungsstärke in Kombination mit den wirtschaftlichen Wachstumspotenzialen, so lässt sich schon heute vermuten, dass sich die Schwellenländer, allen voran Indien und China, schon bald Gehör für ihre Forderungen verschaffen werden.

Dr. Beatrice Gorawantschy
Martin-Maurice Böhme
KAS-Auslandsbüro Neu Delhi

INDONESIEN

HINTERGRUND: DIE ERFAHRUNGEN AUS DER FINANZKRISE VON 1997/98

Die asiatische Finanzkrise von 1997/98 hatte Indonesien besonders schwer getroffen. Erst mit dem Jahr 2006 waren ihre Auswirkungen weitestgehend überwunden und Indonesien verzeichnete wieder eine positive Wirtschaftsentwicklung. Insbesondere der Vertrauensverlust in den instabilen Finanz- und Bankensektor, der damals zu einem *bank run* und einem Absturz des Bruttosozialprodukts geführt hatte, ist den über Eigentum und Einkommen verfügenden Bevölkerungsschichten nachhaltig in Erinnerung geblieben. Diese Erfahrungen haben zu der Erkenntnis geführt, dass die Kosten einer *Laisser-faire*-Politik bei weitem höher sind als die Kosten, die aus einem massiven Vertrauensverlust in den Bankensektor erwachsen. Die indonesische Regierung zog daraus die Konsequenz, alle wirtschafts- und finanzpolitischen Mechanismen zu nutzen, um die Stabilität und die Funktionalität der Finanzmärkte während der aktuellen globalen Finanzkrise zu garantieren.

DIE REGIERUNGSPOSITION

Indonesien ist sich seiner gewachsenen internationalen Bedeutung durchaus bewusst. Als noch junges Mitglied im Kreis der G20 agiert das Land mit der weltweit viertgrößten Bevölkerung zwar noch verhalten und eher beobachtend als proaktiv. Dennoch betont die Regierung um Staatspräsident Susilo Bambang Yudhoyono, sie erachte den Kreis der G20 als das passendste und erfolgversprechendste internationale Instrument zur Überwindung der aktuellen sowie zur Prävention kommender globaler Wirtschafts- und Finanzkrisen. Indonesien hat sich in den vergangenen Monaten durchaus positioniert und seine – auch hinsichtlich des Gipfels in Pittsburgh noch aktuellen – Vorstellungen gegenüber den anderen G20-Staaten zum Ausdruck gebracht. Hierbei setzt sich die indonesische Regierung besonders für eine Einbeziehung der Nicht-G20-Staaten in die international koordinierten Aktionen der G20 ein, vor allem um *„beggar-thy-neighbor"*-Situationen vorzubeugen.

Indonesien hat vorgeschlagen, das G20-Programm zur konzertierten Bekämpfung der globalen Finanzkrise in Form kurzfristiger sowie langfristiger Maßnahmen und Kooperationen umzusetzen. Hierbei sollen die kurzfristigen Maßnahmen die Wiederherstellung von Vertrauen in die Finanzmärkte unterstützen und die unmittelbaren Auswirkungen der Krise eindämmen. Das Paket beinhaltet Maßnahmen zur Sicherung der Liquidität des weltweiten Finanzsystems, zur Budgetfinanzierung für Entwicklungsländer (um kontrazyklische Politiken zu unterstützen, die ein stetes Wirtschaftswachstum in den Entwicklungsländern garantieren sollen), zur Notfall-Soforthilfe für angeschlagene Konzerne (um einen Kollaps des internationalen Handels zu vermeiden) sowie Banken (um Panik in der Bevölkerung aufgrund eines *bank run* vorzubeugen), zur Linderung der Auswirkungen für arme und ärmste Bevölkerungsschichten (indem jeder Staat ein Netz von sozialer Grundsicherung implementiert) und zur adäquaten Mittelausstattung der internationalen Entwicklungsbanken.

Das Paket der langfristigen Maßnahmen zur Stärkung des Finanzsystems beinhaltet an erster Stelle die Forderung nach Regu-

larien und Regulatoren zur kontrollierten Entwicklung und Erneuerung des globalen Finanzsektors, jedoch unter Berücksichtung und Förderung der notwendigen Flexibilität, die die Märkte hierzu benötigen. Aus indonesischer Sicht muss die künftige Architektur der Finanzmärkte eine langfristige Balance zwischen den Interessen privater Anbieter und denjenigen der Endverbraucher von Finanzprodukten bzw. -dienstleistungen sowie den Regulatoren garantieren. Ein anderer zentraler Aspekt besteht für Indonesien im Missverhältnis zwischen globalen Ereignissen und der souveränen Politikgestaltung von Nationalstaaten, die heute nicht mehr in der Lage sind, autonom auf weltweites Geschehen zu reagieren. Als Konsequenz hält die indonesische Regierung eine umfassende *governance reform* der multilateralen Institutionen für dringend erforderlich. Diese müssen künftig die neuen weltwirtschaftlichen Konstellationen mit ihren wachsenden Märkten besser reflektieren. In diesem Zusammenhang fordert Indonesien auch offene, transparente, kompetitive und herkunftslandunabhängige Selektionsprozesse zur Besetzung von Managementpositionen in multilateralen Organisationen.

Für den Gipfel in Pittsburgh will die indonesische Regierung nun einen Drei-Punkte-Plan im Rahmen ihrer *exit strategy* präsentieren, der sich auf folgende Aspekte konzentriert: die Stärkung der Rolle des IWF, eine Verbesserung der Aufsicht von Finanzinstituten sowie den Appell an die Industrieländer zur Errichtung einer neuen Entwicklungsagentur komplementär zum IWF. Diese alternative Agentur soll als *standby agent* fungieren, während der IWF-Mechanismus Notfallsituationen abdeckt. Dass gerade Indonesien eine stärkere Rolle des IWF wünscht, ist durchaus bemerkenswert, da im Zuge der Krise 1997/98 kein Land so stark unter den inadäquaten Vorgaben des IWF zu leiden hatte wie Indonesien. Nun hat auch der IWF Konsequenzen gezogen und kürzlich 2,7 Milliarden US-Dollar zur Stützung der indonesischen Währungsreserven ohne striktes Monitoring bereitgestellt.

STIMMUNGSBILDER AUS DEN FORSCHUNGSINSTITUTIONEN

Das Gros der indonesischen Wirtschaftsexperten geht derzeit nicht davon aus, dass es auf dem G20-Gipfel in Pittsburgh zu richtungsweisenden Entscheidungen kommen wird. Hierfür sind die meisten der teilnehmenden Staaten immer noch viel zu sehr mit den Auswirkungen der Krise im eigenen Land beschäftigt. Dennoch oder gerade deswegen sollte Indonesien seiner Rolle als Sprecher der Entwicklungsländer deutlicher nachkommen, um den Blickwinkel der reichen Industrieländer innerhalb der G20 stärker auf die Probleme der Entwicklungsländer zu richten, so die Meinung eines Wirtschaftswissenschaftlers des *Center for Strategic and International Studies* (CSIS) in Jakarta (*Xinhua*, 01.09.09).

Zugleich müssen Indonesien und andere Entwicklungsländer, so ein Vertreter des *Institute for Development, Economy and Finance*, sich vehementer für eine verbesserte Architektur der internationalen Finanzmärkte einsetzen. So sollten beispielsweise die Industrieländer nur noch Hypothekendarlehen mit einer klar definierten Grundhaftung vergeben. Es sei wichtig, dass künftig eine permanente Überwachung des globalen Finanzsystems garantiert werde und die Zentralbanken der Entwicklungsländer sich zu gemeinsamem Handeln entschließen würden. Die *Indonesian Employers Association* (APINDO) stellt zudem fest, dass es momentan keine klaren Erkenntnisse darüber gebe, ob es in den Industrieländern 2010 zu negativem oder doch positivem Wirtschaftswachstum kommen werde. Für die Entwicklungsländer sei diese Situation besonders schwierig, da nahezu alle potenziellen Investoren sich extrem zurückhielten und auf positive Signale aus den entwickelten Nationen warteten.

Mit einem gewissen Stolz verweisen die Wirtschaftsexperten darauf, dass in einer Atmosphäre der weltwirtschaftlichen Stagnation einzig China, Indien und Indonesien ein überdurchschnittliches Wirtschaftswachstum aufweisen. Für Indonesien werden immerhin fünf bis sechs Prozent Wachstum erwartet. Offensichtlich hat das Land aus den fatalen Erfahrungen der Krise 1997/98 gelernt und es geschafft, das Ver-

trauen der über Eigentum und Einkommen verfügenden Schichten in den inländischen Banken- und Finanzsektor zu erhalten. Immerhin hat die Regierung ein 6,2 Milliarden US-Dollar umfassendes Stimuluspaket für die einheimische Wirtschaft auf den Weg gebracht, das hauptsächlich für große Infrastrukturmaßnahmen Verwendung findet. Zugleich weist die indonesische Wirtschaft einen relativ hohen Selbstversorgungsgrad auf und hat sich deshalb als weniger verwundbar erwiesen als die großen Export- und Importnationen. Viele Indonesier sind sich dieser Entwicklung durchaus bewusst, so dass heute insbesondere in Regierungsstellen und im politischen Leben des Landes eine Art neuer Nationalstolz spürbar ist, der sich am einfachsten mit der Aussage „Indonesien braucht keine ausländische Hilfe" auf den Punkt bringen lässt.

STIMMUNGSBILD IN DER BEVÖLKERUNG

In der breiten Bevölkerung Indonesiens nimmt man vom G20-Geschehen wenig bis keine Notiz. Die einheimischen Print- und Rundfunkmedien berichten – wenn überhaupt – nur rudimentär über die Treffen der G20. Nur eine relativ kleine Schicht der 232 Millionen Einwohner umfassenden Bevölkerung weiß überhaupt mit dem Begriff G20 etwas anzufangen und ist sich zudem noch der Mitgliedschaft des eigenen Landes im Kreis der größten Wirtschaftsmächte bewusst.

Winfried Weck
KAS-Auslandsbüro Jakarta

ITALIEN

Italien hat in diesem Jahr den Vorsitz der G8 inne und ist EU-Mitglied der ersten Stunde: Diese zwei Gegebenheiten werden die Linie des Landes auf dem nächsten G20-Gipfel in Pittsburgh bestimmen. Zum einen will die römische Regierung das auf dem G8-Gipfel in L'Aquila im Juli 2009 Erreichte fortschreiben; Präsident Giorgio Napolitano legt den Akzent für Pittsburgh vor allem auf die Notwendigkeit eines neuen Regelwerks für den internationalen Finanzsektor sowie auf die Reform des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank (*La Stampa*, 05.09.2009). Die Regierung wünscht sich vom Gipfel unter anderem weitere konkrete Maßnahmen gegen Steueroasen, eine Begrenzung von Bonuszahlungen und Gehältern im Bankenwesen sowie eine Stärkung des Doha-Prozesses.

Zum anderen legt Italien Wert darauf, in Pittsburgh in enger Abstimmung mit den anderen EU-Staaten aufzutreten. Das heißt zunächst einmal: Abstimmung mit den drei Staaten, die – wie Italien selbst – zur G8 gehören, also Deutschland, Frankreich und Großbritannien; Rom legt größten Wert darauf, in alle großen Initiativen dieses „Triumvirats" eingebunden zu werden. Sollte Großbritannien sich in einigen Fragen mehr an der US-Linie orientieren, kann Rom zu einem wichtigen Partner für Berlin und Paris werden. In zweiter Linie heißt Abstimmung mit den anderen EU-Staaten aber auch: Italien versucht, speziell als Sachwalterin spanischer Interessen aufzutreten. Das soll der hin und wieder in westlichen Medien (so unlängst im britischen Guardian) aufkommenden Überlegung, dass mittlerweile eigentlich Spanien und nicht Rom zur G8 und dementsprechend auch zur G20 gehören müsste, den Wind aus den Segeln nehmen. Ministerpräsident Silvio Berlusconi holte sich Anfang September demonstrativ Rückendeckung vom Madrider Regierungschef José Luis Zapatero für eine Pittsburgher Initiative, die zu einem Regelwerk gegen Spekulation auf den Finanz- und Rohstoffmärkten führen soll.

ROM SIEHT SICH IN PITTSBURGH AUF AUGENHÖHE MIT ANDEREN STAATEN

Italien setzt darauf, stärker aus der internationalen Finanz- und Wirtschaftskrise hervorzugehen als andere Länder: Nach neuen OECD-Daten vom 11. September 2009 erholt sich Italiens Wirtschaft – immerhin eine der größten der Eurozone – derzeit deutlicher von der *crisi* als die der anderen Industrieländer (ein Plus von 2,7 Prozent im Juli 2009; das sind acht Prozent mehr als im Juli des Vorjahres). Der Export ins nichteuropäische Ausland hat um fünf Prozent angezogen, die Produktion soll im dritten Trimester 2009 um weitere 3,2 Prozent wachsen (*Corriere della Sera*, 12.09.2009). Zwar hat das Land eine hohe Staatsschulden angehäuft (sie entsprach im letzten Jahr 106 Prozent seines BIP), und darum konnte es nach Ausbruch der Krise kein größeres Maßnahmenpaket schnüren; doch hat es eine diversifizierte Industrie, eine niedrige Verschuldung der privaten Haushalte und aus der ersten Hälfte der 1990er Jahre soviel Erfahrung mit Finanzkrisen, dass es auf die jetzigen Turbulenzen nicht kopflos reagiert (*Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 17.04.2009). Der Wirtschaftsexperte Giuseppe Pennisi (er gehört zu den wenigen in Italien, die schon länger eine Krise auf den internationalen Finanzmärkten vorhergesagt haben; *Elites* 3/99) geht darum davon aus, dass

Italien den anderen Gipfelteilnehmern in Sachen Krisenbewältigung durchaus „nützliche Lektionen erteilen" könne; so sei etwa letztes Jahr trotz der Krise die Privatisierung von Alitalia gelungen.

Allerdings hat sich Ministerpräsident Berlusconi derzeit einer heftigen innenpolitischen Kampagne zu erwehren, die auch international sein Ansehen beschädigt hat; daher wird sein Auftreten in Pittsburgh wohl auch dazu dienen, dem heimischen Publikum Handlungsfähigkeit zu demonstrieren. Oft hat sich die inneritalienische Debatte um Berlusconi gerade während seiner Präsenz auf internationalen Foren zugespitzt; ein Paradebeispiel dafür ist ein UNO-Gipfel in Neapel 1994, bei dem die Staatsanwaltschaft den gastgebenden Premier auf offener Bühne über die Aufnahme eines Ermittlungsverfahrens wegen Bestechlichkeit gegen ihn informierte. Berlusconis erste Regierungskoalition brach kurz darauf zusammen.

DAS IN LONDON UND L'AQUILA ERREICHTE FORTSETZEN

Die Reaktionen auf den großen G20-Gipfel von London im April 2009 waren in Italien in der Regel positiv; Politiker und Leitartikler würdigten vor allem die Absage an Protektionismus, die Aktion gegen Steuer- und Finanzoasen, die von Italien, Deutschland und Frankreich ausgegangen war, sowie die Schaffung eines *Financial Stability Board* (so Romano Prodi in: *Il Messaggero*, 05.04.2009). Kritisch vermerkt wurde, dass Berlusconis Vorschlag eines „global social pact" zu nicht mehr als einem Hinweis auf die soziale Dimension der Krise in der Schlusserklärung des Gipfels führte. Italien setzte sich in London mit einem gewissen Erfolg für eine Wiederaufnahme der Doha-Welthandelsgespräche ein; dieses Thema wird es wohl auch beim Pittsburgher Treffen weiterverfolgen.

Eine wichtige Rolle wird beim nächsten G20-Gipfel dem Italiener Mario Draghi zukommen: Der Gouverneur der Italienischen Zentralbank leitet das neue *Financial Stability Forum*, das international zu größerer Finanzstabilität führen soll. Das Gremium bereitet für den Gipfel Richtlinien vor, um das Gehälter- und Boni-System in den Banken transparent zu machen und im Fall eines schlechten Ergebnisses einer Bank die Boni für Bankmanager zu begrenzen. Aus Draghis Sicht gehen die ersten Zeichen der Erholung in Bankenwesen und Finanzmarkt zu einem wichtigen Teil auf die Maßnahmenpakete der Regierungen und Zentralbanken zurück. Die Banken sollten jetzt die Gunst der Stunde nutzen, um „ihr Kapital wiederherzustellen".

G20 DARF AUS ROMS SICHT NICHT G8 ÜBERFLÜSSIG MACHEN

Manche Kommentatoren in Italien glauben, dass das G20-Modell den „Todesstoß" für die G8 bzw. für deren erweiterte Fassung, die G14, bedeutet: Das liege allein schon an der Einbindung Chinas. Eigentlich stellten China und die USA gar eine Art „G2 innerhalb der G20" dar (Franco Venturini in *Corriere della Sera*, 03.04.2009). Vor allem betonen viele Beobachter, dass sich in der G20 auf internationaler Bühne zum ersten Mal gleichberechtigt die Industrienationen mit den wirtschaftlich aufstrebenden Staaten des Südens treffen.

Italien legt – schon aus historischen Gründen – großen Wert auf seine Zugehörigkeit zu den entscheidenden internationalen Gruppen. Es ist stolz darauf, nicht nur zur G8, sondern auch zu deren Kerngruppe, der so genannten G4, die im Oktober 2008 in Paris erstmals zusammentrat, zu gehören. Empfindlich reagiert das Land jedes Mal, wenn es bei internationalen Initiativen (wie jüngst dem deutsch-britisch-französischen Brief an die UNO zum Thema Afghanistan) nicht eingebunden wird. Auch die Tatsache, dass US-Finanzminister Timothy Geithner auf einer Europa-Tour Mitte September zur Vorbereitung des Pittsburgher Gipfels zwar in London und Paris, aber nicht in Rom (übrigens auch nicht in Berlin) Station machte, hat die Verantwortlichen am Tiber verstimmt.

Zu einem gewissen Misstrauen gegen die G20-Form fühlt sich die jetzige italienische Regierung allein schon wegen ihres G8-Vorsitzes verpflichtet. Sie argumentiert, dass die G20 fast schon zu groß ist, um noch wirklich entscheidungsfähig zu sein; dass sie Chinas Aufstieg zur Weltmacht, den es eigentlich zu bremsen gälte, noch befördern würde; dass sie nur angesichts einer ernsten Krise wie der jetzigen, in der

die USA auf Partner angewiesen sind, funktioniere; und dass in ihr außerdem die Stimme Europas unterzugehen drohe. Berlusconi sprach mit Blick auf die G20 einmal von „einem Runden Tisch, an dem jeder Führer eigentlich nur eine vorbereitete Rede verliest".

KÜNFTIG „FLEXIBLE AUSWEITUNG" DER G8

Die italienische Regierung hält an der G8-Form fest, räumt aber gleichzeitig ein, dass diese in der Krise ist. „Vor zehn Jahren repräsentierte die (damalige) G7 80 Prozent des Pro-Kopf-BIP, hatte vor allem mit einer Währung zu tun – dem US-Dollar – und verkörperte die vorherrschenden demokratischen Werte; heute steht die G8 nur noch für die Hälfte des Pro-Kopf-BIP und ist nicht mehr repräsentativ für die Welt, in der wir leben", sagt der italienische Wirtschaftsminister Giulio Tremonti. Immerhin wird in Italien aber auch gesehen, dass das BIP von China, Indien, Brasilien und Mexiko zusammengenommen nur ein Drittel der BIP-Summe der G8-Staaten ausmacht und dass der Konsum ihrer privaten Haushalte siebenmal geringer ist als der entsprechende Wert in den G8 (*La Repubblica*, 09.07.2009).

Medien sprechen schon seit längerem von Überlegungen in der Regierung, was man tun könnte, um die G8 zu erhalten. Dabei taucht immer wieder der Vorschlag auf, die verschiedenen Foren, die jetzt bestehen (G20, G14, G8), thematisch klarer voneinander zu trennen, ihnen also unterschiedliche Aufgaben zuzuweisen. Dementsprechend könne die G8 künftig ein Organ werden, in dem sich die alten westlichen Verbündeten aus der Zeit des Kalten Kriegs untereinander austauschen, etwa über das Thema nukleare Proliferation. Allerdings müsste dazu Russland wieder zum Verlassen der G8 bewegt werden – ein nicht sehr wahrscheinliches Szenario. Eher kann man sich in Rom vorstellen, dass die G8 sich der „Realwirtschaft" annimmt: Makroökonomie, Energie, Klima, Handel usw. – im Unterschied zur G20, die nach diesem Modell für das globale Finanzsystem und derzeit für die finanziellen Aspekte der Krise verantwortlich wäre. Rom ist nicht wirklich für eine Erweiterung der G8; es plädiert vielmehr dafür, je nach Thema weitere Länder hinzuzuziehen (*Corriere della Sera*, 17.11.2008) Außenminister Franco Frattini spricht von einer „flexiblen Ausweitung" der G8 je nach Thema und Lage, um zu einer „neuen global governance" zu kommen.

Sollte die G8 sich aber nicht retten lassen, wird die italienische Regierung wohl versuchen, dass zumindest die G14 als kleineres Gegengewicht zur G20 bestehen bleibt. Dass auch Ägypten zur jetzigen G14 gestoßen ist, hat Italien in gemeinsamer Initiative mit Frankreich durchgesetzt.

Stefan von Kempis
Journalist, Rom

JAPAN

Vor dem G20-Gipfel in Pittsburgh gingen die Japaner am 30. August 2009 an die Wahlurnen und entschieden sich mit überwältigender Mehrheit für den Regierungswechsel. Anstelle der bisherigen, von der Liberaldemokratischen Partei (LDP) geführten Regierung tritt nun eine Dreiparteien-Koalition, in der die Demokratische Partei Japans (DPJ) klar das stärkste Glied ist. Die beiden anderen Koalitionsteilnehmer sind die Sozialdemokratische Partei (SDPJ) und die Neue Partei des Volkes. Japan wird folglich auf dem G20-Gipfel in Pittsburgh nicht mehr durch den bisherigen Premierminister Tarô Asô bzw. seinem in London anwesenden Vizefinanzminister Takeshita vertreten sein. Vielmehr wird der Gipfel von Pittsburgh das Debüt des Premierministers in spe Yukio Hatoyama (DPJ) auf der internationalen diplomatischen Bühne darstellen. Der G20-Gipfel fällt damit genau in eine Zeit des Übergangs und Umbruchs in der japanischen Politik.

GIPFELTEILNAHME IM ZEICHEN INNENPOLITISCHER ZEITENWENDE

Hatoyama, der Enkel des LDP-Gründers und ehemaligen Premierministers Ichirô Hatoyama (Amtszeit 1954-1956) hat bereits deutlich gemacht, dass ein härterer Kampf gegen den Klimawandel weit oben auf seiner Agenda steht. So kündigte er eine 20prozentige Reduktion der Treibhausgase bis 2020 (verglichen mit dem Wert von 1990) an. Dieses Ziel ist wesentlich ambitionierter als die mittelfristige Reduktion um 8 Prozent, auf die sich die Vorgängerregierung mit Rücksicht auf Bedenken gegen schärfere Regelungen aus der Industrie festgelegt hatte (*Asahi Online*, 08.09.2009).

Im Rahmen des G20-Gipfels soll es eventuell auch zu einem ersten Treffen Hatoyamas mit US-Präsident Obama kommen. Dies könnte ein erster Schritt sein amerikanische Bedenken gegenüber der Außen- und Sicherheitspolitik der DPJ zu zerstreuen. Amerikanische Regierungsbeamte hatten sich zuletzt besorgt um die Zukunft der Allianz mit Japan gezeigt, weil Hatoyama offen für engere Kooperation innerhalb Asiens (bis hin zu Gründung einer supranationalen Organisation wie der EU innerhalb der nächsten 50 Jahre) geworben, einen Abzug der Selbstverteidigungsstreitkräfte aus dem indischen Ozean (wo die japanische Marine Schiffe anderer Länder betankt) gefordert und Kapitalismus amerikanischer Prägung kritisiert hatte (*Asahi Shimbun*, 03.09.2009).

MASSIVE BELASTUNG DES JAPANISCHEN STAATSHAUSHALTS

Im Hinblick auf die Wirtschaftspolitik der neuen Regierung fürchten viele Beobachter in Japan ein weiteren Anstieg der bereits jetzt sehr hohen Staatsverschuldung – diese ist bereits auf fast 200 Prozent des Bruttoinlandsprodukts angewachsen – durch die Realisierung von Wahlversprechen der DPJ. Diese hatte sich unter anderem für die Einführung eines Kindergeldes von monatlich ca. 200 Euro sowie die Abschaffung der Autobahngebühren ausgesprochen. Kritiker warnen, dass eine weitere Verschlechterung der japanischen Finanzen zu immer höheren langfristigen Zinsen führen und damit negative Auswirkungen auf die wirtschaftliche Entwicklung des Landes haben werde (*Mainichi Online*, 06.09.2009).

DEBATTE UM BESCHLÜSSE IM VORFELD DES GIPFELS

Die kommunistische Partei Japans (JKP) scheint ein breiteres Forum der Gruppierung der G20 vorzuziehen. Der JKP Vorsitzende Shii Kazuo forderte daher im August 2009 unter Anspielung auf die in den Vereinten Nationen vertretenen Staaten einen Weltwirtschaftsgipfel der „G192". Er begründete seinen Vorstoß damit, dass die weltweite Finanzkrise die Entwicklungsländer am härtesten getroffen hätte (*Shimbun Akahata*, 08.09.2009). Das Parteiorgan Akahata forderte vor dem Treffen der G20-Finanzminister in London Anfang September 2009 ein Ende des „Casino-Kapitalismus". Reale Wirtschaft und Menschen sollten nicht von der „Profitgier einer handvoll Spekulanten" missbraucht werden. Daher müssten die Regierungen in ihrem Bemühen um eine Reform der Finanzmärkte standhaft bleiben und sicherstellen, dass Spekulationen auf Lebensmittel- und Rohstoffmärkte reguliert würden (*Shimbun Akahata*, 05.08.2009).

Bei den großen Medien des Landes stießen die Beschlüsse des Treffens der Finanzminister und Notenbankchefs Anfang September 2009 in London auf ein geteiltes Echo. Auch wenn die grundsätzlichen Entscheidungen des Treffens, vor allem die Aufrechterhaltung der Stimulusprogramme, von den großen Zeitungen mehreren Artikeln begrüßt wurden, so geizten zahlreiche Journalisten auch nicht mit Kritik. Sowohl die führende Wirtschaftszeitung des Landes, die *Nihon Keizai Shimbun*, als auch die konservative *Sankei Shimbun* fürchten negative Folgen für japanische Banken durch die in London debattierte Erhöhung der Eigenkapitalquote. Da die japanischen Großbanken seit jeher nur eine verhältnismäßig geringe Eigenkapitalquote vorweisen können, müsse sich die japanische Regierung bei den Verhandlungen proaktiv und strategisch verhalten, um Schaden von den Banken des Landes abzuwenden (*Nikkei Net*, 07.09.2009). Die *Sankei* weist sogar darauf hin, dass das Ziel der Einführung der ursprünglichen Vorgaben zur Eigenkapitalabdeckung in den 1980er Jahren eine Schwächung der japanischen Banken war. Anstelle von verbindlichen Vorschriften sollte die geplante Erhöhung der Eigenkapitalquote dieses Mal auf freiwilliger Basis erfolgen. Trotz der in dieser Episode zum Ausdruck gebrachten Sorge um japanische Interessen fordert der Kolumnist der *Sankei* dennoch eine grundlegende Revision der Finanzmarktstrategie auf dem G20-Gipfel in Pittsburgh (*MSN Sankei*, 07.09.2009).

ZUKÜNFTIGE KRISEN VERHINDERN

Liberalere Medien haben andere Sorgen: Sowohl die *Mainichi Shimbun* als auch die *Japan Times* warnen davor, dass die Freude über die langsame Erholung der Wirtschaft die Notwendigkeit umfangreicher Reformen vergessen lässt. Die G20-Staaten sollten sich mehr Gedanken darüber machen, wie man eine weitere weltweite Finanzkrise verhindern könne (*Japan Times*, 10.09.2009). Durch die Diskussionen über Details, vor allem die umstrittene Limitierung der Bonuszahlungen für Banker, habe man das große Ganze aus den Augen verloren. Der Journalist gesteht einem neuen Regelwerk für den Bankensektor durchaus einen gewissen positiven Effekt zu; er betont allerdings, dass es vor allem darum geht, ein Finanzwesen zu erschaffen, welches der Gesellschaft diene, anstatt Wirtschaft und Gesellschaft mit in die Tiefe zu reißen. Wie ihre Konkurrenz wünscht sich auch die *Mainichi* intensive Beratungen auf dem Pittsburgher Gipfel (*Mainichi Online*, 07.09.2009).

Eine Furcht, die in allen Beiträgen zum Ausdruck gebracht wird, ist die Angst, dass ein zu schnelles oder unkoordiniertes Ende der Maßnahmen zur Konjunkturbelebung eine weitere Krise heraufbeschwören könnte (*Nikkei Net*, 07.09.2009). Dies ist wahrscheinlich Japans eigenen, schmerzhaften Erfahrungen während der asiatischen Finanzkrise im Jahre 1997 geschuldet. Doch trotz diverser Vorbehalte und Sorgen scheint nicht nur die japanische Regierung, sondern auch die japanischen Medien – unabhängig von ihrer politischen Ausrichtung – die G20 als ein Forum in dem eine neue, bessere Finanzordnung ausgehandelt werden kann, anzusehen.

Dr. Christian Winkler
Japanologe, Universität München

MEXIKO

G20 UND PITTSBURGH: EIN „NULL-THEMA" IN DER MEXIKANISCHEN ÖFFENTLICHKEIT

„Welcher Gipfel?" So könnte kurzgefasst die Antwort auf die Frage nach dem Stimmungsbild in Mexiko zum bevorstehenden G20-Ereignis in Pittsburgh lauten. Das Thema spielt jedenfalls in der mexikanischen Öffentlichkeit so gut wie keine Rolle, unabhängig davon, ob man auf die allgemeine oder auf die Fachöffentlichkeit des Landes blickt. Fragt man nach Gründen, wird man auch schnell fündig: Mexiko ist nach den Zwischenwahlen vom 5. Juli 2009 – mit der Konsequenz erheblicher Machtverschiebungen nicht nur unmittelbar im Parlament selbst –, nach dem „Halbzeitbericht" zur Lage der Nation nach drei Jahren Amtszeit von Präsident Felipe Calderón, nach erheblichen Kabinettsumbildungen und strukturellen Veränderungen sowie einer laufenden Haushaltsdebatte einmal mehr fast ausschließlich mit sich selbst beschäftigt.

INNENPOLITISCHE AGENDA DOMINIERT

Erstaunlicherweise bleiben dabei auch die Debatte über die Auswirkungen der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise sowie die Maßnahmen zu ihrer Bewältigung binnenzentriert. Angesichts der vorliegenden Zahlen mag man dafür ein gewisses Verständnis haben: Zu dominant wirken die unmittelbaren Probleme, die in Mexiko deutliche Spuren hinterlassen und speziell bei der Armutsbekämpfung für große Rückschläge gesorgt haben. So musste Präsident Calderón, der eigentlich als „Präsident der Beschäftigung" angetreten war, zusehen, wie die Zahl der Arbeitslosen kräftig gestiegen ist – zwischen Mitte 2008 und Mitte 2009 von 3,5 auf 5,2 Prozent. Dahinter verbergen sich nicht zuletzt ein dramatischer Rückgang sozialversicherungspflichtiger Beschäftigungsverhältnisse, ein Anstieg im informellen Sektor und eine ungebrochene Migrationsneigung, die allerdings speziell in den USA nicht mehr auf entsprechende Aufnahmefähigkeit trifft. Entsprechend gehen auch die Überweisungen der Auslandsmexikaner zurück, im bisherigen Verlauf des Jahres 2009 um 16,2 Prozent.

Folglich weisen Mexikos Armutsbilanzen wieder deutlich negative Vorzeichen auf: Nach Angaben der Weltbank hat sich die Zahl der Armen in Mexiko – definiert als ein Leben mit weniger als vier US-Dollar am Tag – zwischen 2006 und 2009 um zehn Millionen Personen erhöht. Die Institution geht für Mexiko von 54,8 Millionen Armen aus, 4,8 Millionen mehr, als sie in den offiziellen mexikanischen Angaben enthalten sind. Unter diesen wiederum werden 18,2 Millionen den extrem Armen zugerechnet, 14,4 Millionen können ihren grundlegenden Nahrungsmittelbedarf nicht hinreichend decken. Besonders betroffen ist diese Gruppe von den anhaltenden und teilweise dramatischen Preissteigerungen bei Grundnahrungsmitteln. Auch um die Wettbewerbsfähigkeit Mexikos, so nationale und internationale Statistiken, ist es nach wie vor nicht gut bestellt.

Besonders aktuell wird dies alles vor dem Hintergrund der bereits erwähnten Haushaltsdebatte – in einem Parlament zudem, in dem die oppositionelle PRI und die mit ihr verbündeten *Grünen* gemeinsam über die absolute Mehrheit verfügen. Und das angesichts stark eingebrochener Steuer-

einnahmen und entsprechend negativer Prognosen für das Haushaltsvolumen 2010. Finanzminister Agustín Carstens muss nach eigenen Angaben Mindereinnahmen von 300 Milliarden Pesos (rund 16,5 Milliarden Euro) ausgleichen, was nur drei schmerzhafte Alternativen zulässt: Steuererhöhungen, Ausgabenreduzierungen oder höhere Staatsverschuldung. Baldige Besserung scheint nicht in Sicht: Experten rechnen für Mexiko im laufenden Jahr nach wie vor mit einem Rückgang des Bruttoinlandsprodukts um rund sieben Prozent – einem dramatischeren Einbruch also als während der Peso-Krise 1995, als ein Minus von 6,2 Prozent zu verzeichnen war.

ZURÜCKHALTUNG BEI STAATLICHEN HILFSPROGRAMMEN

Bei den Lösungsansätzen bleibt Mexiko vergleichsweise schüchtern: Während andere Länder mit erheblichen Konjunkturprogrammen gegenzusteuern versuchen, nehmen sich entsprechende mexikanische Anstrengungen bescheiden aus. Hier mag die frühere Tätigkeit des Finanzministers beim Weltwährungsfonds eine gewisse Orthodoxie begünstigen. Argumentativ kann man sich darauf berufen, dass die erreichte makroökonomische Stabilität des Landes – dokumentiert durch gerade im lateinamerikanischen Vergleich moderate Inflationsraten, hohe Währungsreserven, zurückgegangene Auslandsverschuldung – auch in Krisenzeiten nicht leichtfertig aufs Spiel gesetzt werden soll. „Mexiko", so Währungsfonds-Chef Dominique Strauss-Kahn im Umfeld des Londoner G20-Gipfels mit Blick auf Kreditunterstützung für Mexiko bestätigend, „ist ein exzellenter Kandidat …." Bei gleicher Gelegenheit hatte Präsident Calderón das mexikanische Finanzsystem als „solide und stabil" bezeichnet und hinzugefügt, in Mexiko gäbe es daher auch keine Notwendigkeit, mit staatlichen Geldern den Bankensektor zu stützen.

KOLLISION MIT INTERNATIONALEM ANSPRUCH

Diese rein binnenorientierte Analyse kollidiert – einmal mehr – mit dem Anspruch Mexikos als OECD-Mitglied, *Outreach* 5- und G20-Land, auf der Weltbühne eine wichtige Rolle zu spielen. Während sich etwa die BRIC-Länder auf eigenen Gipfeln zu positionieren versuchen, findet Mexiko bei diesen Debatten nicht statt. Auch aus der Sonderbeziehung zu den USA – gegründet auf die geographische Nachbarschaft, Millionen von Migranten, einer Verbindung in der Freihandelszone NAFTA und bei allen Investitions- und Exportzahlen – macht Mexiko zu wenig, ebenso zu wenig wie aus seiner weltweit fast einmaligen Zahl von Freihandelsabkommen mit anderen wichtigen Wirtschaftsakteuren, die Europäische Union eingeschlossen.

Nicht umsonst bilanziert Professor Ignacio Román vom *ITESO* in Guadalajara: „Die Positionierung Mexikos ist mit dem Blick auf den Gipfel der G20 ambivalent und unklar. Generell agiert Mexiko nicht wie ein internationaler Akteur, sondern versucht lediglich, die eigenen Probleme wie Unsicherheit, Drogenkriminalität, aktuelle Naturkatastrophen, Fiskalprobleme und die Effekte der Finanzkrise zu lösen. Wie aber soll ein Land, das nicht einmal seine eigenen Probleme in den Griff bekommt, zur Lösung auf Weltniveau beitragen?"

Sein Kollege Gustavo Vega vom *Colegio de México* verweist allerdings auf die durchaus aktive Beteiligung Mexikos an internationalen Koordinierungsbemühungen aller Art, sei es bei der Welthandelsorganisation, der UNO oder den Mechanismen von G20, G5 oder der erweiterten G8. Statt neue Gremien ins Auge zu fassen setze Mexiko aber auf die „Kanalisierung von Ressourcen über bereits bestehende Finanzorganisationen" – von deren Programmen das Land in der Vergangenheit zudem nicht unwesentlich profitiert hat. Engagement und Positionierung sieht er zudem bei einem weiteren Gipfel von weltweiter Bedeutung in naher Zukunft: dem Klimagipfel in Kopenhagen, für den Präsident Calderón einen „Grünen Fonds" vorgeschlagen hat.

Immerhin werden in Mexikos Medien die verschiedenen Positionierungen in Sachen Finanzkrise intensiv verfolgt. So sorgten die Ankündigungen von Bundeskanzlerin Angela Merkel und Frankreichs Staatschef Nicolas Sarkozy für Aufsehen, die Managergehälter begrenzen und das Problem der Steuerparadiese bis März 2010 anzugehen. Gleichzeitig wurde aber auch vermerkt, dass den Regulierungsabsichten aus

angelsächsischen Ländern bereits wieder erster Gegenwind entgegenschlägt.

Die mexikanische Regierung hat sich – vielleicht auch aus Rücksicht auf die USA und eine gewisse Unsicherheit über deren definitive Position – dazu noch nicht festgelegt, im Gegensatz etwa zu Brasilien, dessen Präsident bereits beim vorangegangenen G20-Gipfel in London laut seine Stimme erhob. Immerhin hat sie bei den zurückliegenden Gipfeln aber erkennen lassen, dass auch Mexiko sich strengere Regeln und bessere Überwachung wünscht, ebenso wie die Stärkung internationaler Finanzorgane wie Währungsfonds und Weltbank. Und immerhin haben gerade die Industriestaaten in Mexiko – hier im Gegensatz zu Brasilien – einen starken Verbündeten gegen Protektionismus: Da war es in London Felipe Calderón, der eine klare Sprache wählte. Und das könnte in Pittsburgh wieder so sein.

Frank Priess
KAS-Auslandsbüro Mexiko-Stadt

RUSSLAND

Die unerwarteten Veränderungen des Formats der G20 im Jahr 2008 als Folge verschiedener weltweiter Krisen – vor allem im Finanzsystem – wurde in Russland, das bereits im Herbst 2007 eine erste Liquiditätskrise erlebt hatte, mit Verständnis und Interesse wahrgenommen. Bis in den Herbst 2008 hinein gab es weder im Kreml und in der russischen Regierung, noch in politischen Kreisen und ebenso wenig in der breiten russischen Expertengemeinschaft eine klare Meinung über die Tiefe der im Sommer 2008 ausgebrochenen Weltfinanzkrise.

ANFÄNGLICH GERINGE BEACHTUNG DER KRISE

Ein sehr enger Kreis von Analytikern und Experten, die aufmerksam die Entwicklung von hochriskanten Finanzmärkten und die entstehende Krise auf dem amerikanischen Markt beobachteten, hatte jedoch bereits lange vorher die russische Elite im Finanz- und Wirtschaftssystem vor einer möglichen Krise gewarnt. Diese Warnungen wurden jedoch ignoriert. Schließlich wurde auf Druck der Europäer ein Gipfeltreffen der G20 organisiert. Diese waren besorgt über die Verantwortungs- und Kontrolllosigkeit in den Vereinigten Staaten beim Ergreifen von Maßnahmen gegen die Krise, die zunächst in den USA und damit regional ausgebrochen war und sich dann auf alle anderen Industrieländer und über das gesamte Weltfinanzsystem ausbreitete.

Die Diskussion auf dem G20-Gipfeltreffen in Washington im November 2008 gab der russischen Regierung zu verstehen, dass es keine staatlichen Fonds geben wird, die es der russischen Wirtschaft erlauben würden, sich in einem „stillen Hafen" zu verstecken. Zum ersten Mal wurde das Ausmaß der Krise deutlich. Ebenso erkannte man, dass die entstandenen Probleme nur mittels einer gut koordinierten Arbeit einer erweiterten Ländergruppe gelöst werden können. Diese Gruppe musste über die bisherige G8 hinausgehen, weil in erster Linie deren Finanzinstitutionen die Verantwortung für das Risikowachstum und die Unkontrollierbarkeit der Transaktionen getragen und deren eigene Unzulänglichkeiten aufgezeigt hatten.

Parallel dazu begann im Herbst 2008 die Krise in Russland, das zwar nicht in den Strudel fauler Wertpapiere gezogen wurde, jedoch mit gravierenden Problemen durch den rapiden Rückgang der Rohstoffpreise, von denen Russland abhängig ist, zu kämpfen hatte. Das zwang die politische Führung des Landes, sich aktiv an der Arbeit der G20 zu beteiligen. Die russische Seite stimmte den getroffenen Entscheidungen und den Hauptpunkten des gemeinsamen Maßnahmenplans gegen die weltweite Rezession zu und zeigte großes Interesse an der Arbeit des Forums für die Finanzstabilität sowie an der Vorbereitung der Empfehlungen für das bevorstehende G20-Gipfeltreffen in London im April 2009. Dabei rief die Position der amerikanischen Teilnehmer, die sich gegen jegliche Versuche protektionistischer Politik wandten – bei allem Verständnis für deren Motivation – in Russland eine versteckte Ablehnung hervor.

Die zu offene Wirtschaft Russlands erfordert eine dringende Modernisierung. Darüber hinaus ist Russland kein Mitglied der WTO. Deswegen wird die russische Regierung eventuell gezwungen sein, unter Krisenbedingungen Schutzmaßnahmen für

die eigene Wirtschaft zu ergreifen. „Russland wird in begründeten Fällen protektionistische Maßnahmen einleiten, um Arbeitsplätze für die Bevölkerung zu gewährleisten", erklärte der Erste Stellvertretende Premierminister Wiktor Subkow. Er vertritt die Meinung, dass die Schutzmaßnahmen Russlands mit ähnlichen Handlungen anderer Länder vergleichbar seien.

SKEPSIS GEGENÜBER DEM G20-MECHANISMUS

Die G20 wird von einigen russischen Experten nicht als politisches, sondern eher als beratendes Organ betrachtet. Die voreiligen Erklärungen des britischen Premiers Gordon Brown, der die Gruppe zu einem Teil der zukünftigen Struktur einer Global Governance ernannte, wurden kritisch als eine unzulässige Schwächung der UNO bewertet. Es gibt zudem die Meinung, dass die Gruppe sich nicht mit politischen Fragen beschäftigen soll, weil sie dadurch internationale Organisationen und Foren aufweicht. Zu ihren Aufgaben gehörten ausschließlich Finanz- und Wirtschaftsprobleme sowie heute die Koordination der Antikrisenmaßnahmen als entscheidender Auftrag.

Bei den Vorbereitungen zum G20-Gipfeltreffen in London im April dieses Jahres reichte Russland seine Vorschläge für das Schlusspapier mit Verzögerung ein. Obwohl diese später zurückgerufen wurden, zeigte das Land Bereitschaft, an der Herausbildung einer neuen Weltfinanzarchitektur mitzuarbeiten. Zur Stabilisierung des IWF hält es Russland für wichtig, eine Reihe von konkreten Verpflichtungen zu übernehmen. Zurzeit wird in der Regierung die Frage diskutiert, ob für diesen Zweck dem Währungsfonds eine Summe von 10 Mrd. US-Dollar bereitgestellt werden soll.

Die ergriffenen Maßnahmen zur Reform des internationalen Wirtschafts- und Finanzsystems stellen auch Russland heute vor eine Reihe wichtiger Aufgaben. Im Einzelnen verpflichtete sich das Land durch seine Teilnahme am Rat für Finanzstabilität, einer internationalen Organisation, die durch die Entscheidung des G20-Gipfel in London reorganisiert wurde, internationale Finanzstandards anzuwenden – inklusive der zwölf internationalen Grundstandards und Kodizes (*Declaration Strengthening the Financial System*, 02.04.09). Diese zwölf Grundlagenpapiere umfassen die in internationalen Organisationen ausgearbeiteten Anleitungen und Prinzipiensammlungen zur Regulierung des Finanzsystems. Demzufolge sollen diese zwölf Dokumente im russischen Recht implementiert und dementsprechend auf die Arbeit der jeweils betroffenen Staatsorgane und Aufsichtsbehörden (Bankenkontrolle etc.) abgestimmt werden.

Für Russland spielt die aktive Teilnahme an der Erarbeitung von Rechtsstandards mit dem Ziel der Angleichung der internationalen Regeln und des russischen nationalen Rechtssystems die wichtigste Rolle. Dies werde Russland nach Meinung russischer Gesetzgeber und Rechtsexperten erlauben, eine hochqualitative Erarbeitung von nationalen Gesetzesprojekten zu gewährleisten.

EXIT-STRATEGIEN AUS DEN KONJUNKTURHILFEN ALS WICHTIGES THEMA

Im Vorfeld des G20-Gipfels in Pittsburgh wird erneut die Begrenzung von Gehältern und Bonuszahlungen für Topmanager diskutiert. Dies scheint jedoch aus russischer Sicht nicht prioritär zu sein. Als weitaus wichtiger wird es angesehen, über einen koordinierten Ausweg aus der Krise und einen abgestimmten Abbau von Programmen zur Antikrisenregulierung zu sprechen. In den russischen Medien wird über die Vorbereitungen des Gipfels in Pittsburgh und damit über die Überwindung der Finanzkrise ausführlich debattiert. Solide Beiträge finden sind jedoch nur in einschlägigen Wirtschaftsmagazinen.

Es teilen nicht alle Teilnehmer der G20-Gruppe, darunter auch Russland, den Optimismus der amerikanischen Seite und einer Reihe anderer Länder in Bezug auf die Anzeichen einer Erholung der Weltwirtschaft, insbesondere der Finanzmärkte. Die russische Regierung reagiert äußerst zurückhaltend und hat vor allem nationale Interessen im Visier. Dennoch setzt sie auf die oben skizzierten und international abgestimmten Maßnahmen zur Antikrisenregulierung. Nach Ansicht von russischen

Experten ist der Katalog zur Stabilisierung des Weltfinanzsystems nicht erschöpft. Zudem werde Russland erst aus der Rezension herauskommen, wenn sich die Konjunktur im Westen stabilisiert hat. Dies zeige einmal mehr die grundlegende Abhängigkeit der russischen Wirtschaft von der Wirtschaftsentwicklung im Ausland.

Prof. Dr. Sergej Silvestrov
Stellv. Direktor des Instituts für Wirtschaft an der Russischen Akademie der Wissenschaften

SAUDI-ARABIEN

Mit der Beteiligung an den G20-Gipfeln und deren Aufwertung von Zusammenkünften der Finanzminister und Notenbankchefs hin zu mehr oder weniger regelmäßigen Treffen der Staats- und Regierungschefs sieht man sich in Saudi-Arabien erstmals in die „Weltliga" der Staaten aufgestiegen. Somit würde eine weitere Institutionalisierung dieser Gipfelkonstellation dem Interesse des Landes an größerem und vor allem institutionell gefestigterem globalen Einfluss entsprechen.

FÜHRUNGSANSPRUCH FÜR DIE ARABISCHE WELT

Unter den sunnitischen Staaten der Arabischen Welt beansprucht Saudi-Arabien schon seit längerem eine gewisse Führungsrolle, die nicht nur mit Wirtschaftskraft, Ölreichtum, Größe und strategischer Lage begründet wird. Zumindest unterschwellig gibt es auch eine religiöse Dimension im Hinblick auf die Vorherrschaft der in Saudi-Arabien gepflegten Form des Islam. Mehr oder weniger erfolgreiche Vermittlungsversuche bei regionalen Konflikten, wie beispielsweise zwischen der palästinensischen Hamas und der Autonomiebehörde unter Präsident Abbas, sind für diesen Führungsanspruch ebenso kennzeichnend wie die Einflussnahme unter anderem im Libanon oder im Irak. Diese informelle Führungs- und Vermittlerrolle wurde in der Vergangenheit bisher meist von Ägypten wahrgenommen.

Für Saudi-Arabiens „Mitgliedschaft" – wenn diese Formulierung in Anbetracht des gering ausgeprägten Institutionalisierungsgrades der Gruppe verwendet werden kann – in den G20 ist gerade vor diesem Hintergrund die Frage delikat, ob das Land ausschließlich für sich selbst spricht oder als informeller Repräsentant der Arabischen Welt ausgewählt wurde und auch umgekehrt ein Mandat hat, als solcher aufzutreten. Wenig überraschend kam hierzu gerade aus Ägypten Kritik: Auf Äußerungen des ägyptischen Finanzministers Youssef Boutros Ghali, die arabische Welt würde besser durch Länder vertreten, die auch die Probleme der Region teilten und verstünden, antwortete der saudische Finanzminister Ibrahim Al-Assaf der Nachrichtenagentur Reuters: *„We are not there to represent any country but ourselves, but traditionally we have always reflected the interest and the concerns of developing nations in general and of Arab nations in particular."* Saudi-Arabien sei Teil der G20 wegen seiner Rolle als größte Volkswirtschaft des Mittleren Ostens und als aktiver Mitspieler in den internationalen Finanzinstitutionen sowie bei der Stabilisierung der Ölmärkte.

STRATEGISCHE CHANCE

Die hier deutlich gewordene Ambivalenz macht die außenpolitischen Interessen Saudi-Arabiens deutlich, zu deren Umsetzung sich aus Sicht des Landes mit der Beteiligung an den G20 eine neue Gelegenheit bietet. Dass sich diese Chance, den zweifellos gestiegenen Einfluss auch institutionell zu verfestigen, ausgerechnet vor dem Hintergrund der internationalen Finanzkrise ergibt, ist für Saudi-Arabien ebenso paradox wie folgerichtig.

Einerseits ist Saudi-Arabien von der Finanzkrise gleich doppelt betroffen: Erstens haben saudische Staatsfonds ebenso wie private Investoren gewaltige Summen in weltweiten Unternehmensbeteiligungen angelegt und somit im Zuge der Krise Verlus-

te erlitten. Eine weitere Entwertung durch bessere globale Finanzmarktregulierung zu verhindern liegt somit im Interesse des Landes. Zweitens hat die Wirtschaftskrise zu einem rasanten Preisverfall beim Erdöl geführt – nach einem ebenso rasanten Anstieg zuvor – und damit die Haupteinnahmequelle des Landes zeitweise deutlich ausgedünnt.

Andererseits ist der Finanzsektor des Landes vergleichsweise wenig mit den Weltmärkten verknüpft gewesen, relativ isoliert und staatlich gelenkt. Was sich eigentlich als eines der größten Hindernisse bei der Entwicklung des Landes zum weltwirtschaftlichen Akteur aufgebaut hätte, erwies sich plötzlich als Segen: Im Gegensatz zu vielen westlichen Ländern war Saudi-Arabien systemisch nie gefährdet – dies lag hauptsächlich am Charakter der Strukturen vor Ort. Daher sehen sich nun gerade die Konservativen im Lande in ihrem Widerstand gegen zu viel Öffnung und Integration bestätigt.

Doch fehlende Integration und Transparenz sind kein Weg zur Verhinderung künftiger Finanzmarktkrisen. Dies wurde auch auf den bisherigen G20-Gipfeln deutlich. Trotzdem dürfte die saudische Haltung auch davon geprägt sein, dass viele Teilaspekte einer weltweiten Finanzmarktregulierung in Anbetracht des lokalen Finanzsystems schwer anzuwenden sein werden. So sind beispielsweise Staatsbeteiligungen an Privatfirmen oft wenig transparent – dies erschwert Regulierungen.

Somit beziehen sich die saudischen Erwartungen an den G20-Gipfel in Pittsburgh auch nur zum Teil auf Einzelfragen der globalen Finanzarchitektur. Bei der Frage der Reform von IWF und Weltbank dürfte Saudi-Arabien mit den meisten anderen „Neulingen" für eine Umverteilung der Gewichte hin zu einer stärkeren Repräsentanz der nichtwestlichen Staaten plädieren – allerdings nicht als Wortführer. Hinzu kommt, dass Saudi-Arabien aufgrund seiner – trotz Verlusten – immer noch beträchtlichen Rücklagen unter dem Strich recht glimpflich durch die Krise gekommen ist und daher das Potenzial besitzt, einen signifikanten Beitrag zur Krisenbewältigung zu leisten. Dies spiegelt sich nicht zuletzt in einer deutlich offeneren Haltung des Westens gegenüber Direktinvestitionen von Staatsfonds aus der Golfregion wider.

POLITISCHE AUFWERTUNG

Trotz dieser gemeinsamen Interessen im finanz- und wirtschaftspolitischen Feld ist für die Saudis die mit der Beteiligung verbundene politische Aufwertung wichtiger. Auch die gemeinsamen Interessen mit dem Westen sind hier noch offensichtlicher, vor allem im Bereich regionaler Krisenbewältigung: Einerseits verleiht die Position als immer noch größter einzelstehender Weltenergielieferant Saudi-Arabien naturgemäß Gewicht und Selbstbewusstsein. Hinzu kommt die Rolle des Landes als nach China zweitgrößter Gläubiger der USA und damit langjähriger Finanzier eines Ungleichgewichtes, das maßgeblich zur Ausbreitung der Weltfinanzkrise beigetragen hat und dessen Verminderung keine geringe Rolle beim G20-Gipfel spielen dürfte. Andererseits befindet sich das Land in einer prekären Sicherheitslage, umringt von mehr oder weniger offen bedrohlichen, teils schiitisch geprägten oder beeinflussten Gegnern – allen voran den auch ohne Atomwaffen militärisch überlegenen und bevölkerungsreicheren Iran.

Diese Situation führt zur Notwendigkeit starker Partner; eine Rolle, die bisher fast ausschließlich die USA erfüllt haben. Nicht nur militärisch und wirtschaftlich (die saudische Währung ist an den US-Dollar gebunden), sondern beispielsweise auch bei der Auswahl des Studienortes für junge Saudis, war diese Verbindung besonders eng. Diese Exklusivität hat jedoch in letzter Zeit Risse erfahren: Nicht nur die amerikanische Forderung nach einer entschlosseneren Bekämpfung des Terrorismus und seiner Finanzquellen, sondern auch Irak-Krieg und Nahostkonflikt haben dazu beigetragen. Innenpolitische Rücksichtnahmen gegenüber der vom Westen geforderten Öffnung spielen dabei eine große Rolle.

Nicht zuletzt vor diesem Hintergrund ist auch die von Saudi-Arabien befürwortete Einführung einer Gemeinschaftswährung der Mitgliedstaaten des Golf-Kooperationsrates (GCC – *Gulf Cooperation Council*, neben Saudi-Arabien sind Kuwait, Katar, Bahrain, die Vereinigten Arabischen Emirate und Oman Mitglieder, der Jemen ist

assoziiertes Mitglied.) zu sehen. Der WTO ist das Land im Jahr 2005 beigetreten. Ein Freihandelsabkommen des GCC mit der EU hingegen wird nach langem Zögern derzeit von der Debatte um eine Suspendierungsklausel bei Menschenrechtsverletzungen blockiert. Hinzu kommt eine neue Rolle Saudi-Arabiens als Akteur der Entwicklungszusammenarbeit.

Somit sind die enge Bindung an die USA und das Interesse an regionaler Stabilität nach wie vor die tragenden Säulen der saudischen Außenpolitik. Diese Politik wird jedoch in einem stärkeren Maße eigenständig agieren. Vor diesem Hintergrund bedeuten die G20 für Saudi-Arabien nicht nur eine Anerkennung dieser Eigenständigkeit, sondern auch die willkommene Gelegenheit, die außenpolitischen Allianzen des Landes zu diversifizieren und institutionell zu verankern. Deutschland und Europa können dies nutzen.

Thomas Birringer
Regionalprogramm Golf-Staaten
KAS-Auslandsbüro Abu Dhabi

SÜDAFRIKA

Bei der Abfassung dieses Beitrags war die offizielle Tagesordnung des Gipfeltreffens in Pittsburgh noch nicht veröffentlicht. Grundlage der Gipfelgespräche werden jedoch zweifellos die Aktionspläne der G20-Gipfel in Washington und London sein. Nachdem in London vom 4. bis 5. September 2009 – unter Beteiligung von Renosi Mokate, Stellvertreterin des Chefs der südafrikanischen Zentralbank und Südafrikas Finanzminister Pravin Gordhan – ein wichtiges G20-Vorbereitungstreffen stattgefunden hat, geht man in Südafrika von folgenden thematischen Schwerpunkten des Gipfels in Pittsburgh aus:

- Beurteilung der gesamtwirtschaftlichen Lage sowie Maßnahmen und Konjunkturpakete zur Bekämpfung der internationalen Finanz- und Wirtschaftskrise
- Schaffung von Arbeitsplätzen und Wirtschaftswachstum
- Wiederherstellung der globalen finanziellen Stabilität
- Stand der Umsetzung der Aktionspläne von Washington und London
- Stützung und Reform des Finanzsektors sowie Ausbau des internationalen Regulierungsrahmens für diesen Bereich
- Begrenzung von Vergütungen und Bonuszahlungen an Banker sowie stärkere Regulierung von Großbanken
- Aufstockung der Beiträge für den IWF und Reform der Institution
- Ausbau des internationalen Handels und Verhinderung von Protektionismus
- Abschluss der Doha-Verhandlungen im Jahr 2010 zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise und des Protektionismus
- Finanzierung von Klimaschutzmaßnahmen (Vorschlag von Präsident Obama)
- Maßnahmen für einen nachhaltigen und klimafreundlichen wirtschaftlichen Aufschwung
- Verstärkte Unterstützung für arme Staaten

BEVORZUGUNG DER G20 GEGENÜBER DEM G8-„OUTREACH"

In Südafrika wird die Konsolidierung des G20-Mechanismus sehr positiv beurteilt, da dies die Rolle des Landes als führende Wirtschaftsmacht des Kontinents unterstreicht und Schwellenländern mehr Einfluss einräumt. Die Einbeziehung des Landes in die G8-Gipfel als Mitglied der sogenannten „Outreach"-Gruppe wird demgegenüber eher kritisch betrachtet: Obwohl man die Einladungen zu den Treffen der acht mächtigen Nationen als Bestätigung der führenden wirtschaftlichen und politischen Stellung des Landes in Afrika ansieht, hatte man oft das Gefühl nur am „Katzentisch" zu sitzen. In der Gruppierung der G20 fühlt Südafrika sich dahingegen als einer von 20 gleichberechtigten Staaten. Dass die globale Finanz- und Wirtschaftskrise zu einer Konsolidierung und Aufwertung des G20-Mechanismus geführt hat, wird daher allgemein sehr begrüßt.

Seit 1994 versteht sich die Kaprepublik in erster Linie als Land des Südens, dessen Außenpolitik sich insbesondere auf seine Nachbarstaaten, den afrikanischen Kontinent sowie andere bedeutende Schwellenländer konzentriert. Da Europa und andere westliche Industrienationen aber weiterhin Südafrikas wichtigste Wirtschaftspartner sind und das Land nicht nur der Dritten, sondern zugleich auch der Ersten Welt angehört, muss Südafrikas Politik auch im Rahmen der G20 einen Spagat unterneh-

men. Im Hinblick auf die beachtlichen wirtschaftlichen Expansionsanstrengungen südafrikanischer Unternehmen in ganz Afrika wird Pretoria zudem von seinen Partnern in der Afrikanischen Union eher als Industrienation wahrgenommen. Die Positionierung des Landes innerhalb der G20 gestaltet sich daher komplexer als bei vielen anderen Mitgliedstaaten dieser Gruppe. Überwiegend unterstützt man jedoch die Politik der Schwellenländer. Dies belegen auch die folgenden Ausführungen zu den Erwartungen und Positionen Südafrikas im Hinblick auf den Gipfel in Pittsburgh.

SORGE UM STAATSVERSCHULDUNG UND INFLATION

Die südafrikanische Regierung sieht gegenwärtig keine Alternative zu den in Washington und London zur Bekämpfung der Krise beschlossenen expansiven fiskalischen und monetären Maßnahmen. Als „nicht ungeeignet" bezeichnete Finanzminister Gordhan nach seiner Rückkehr vom G20-Vorbereitungstreffen in London daher auch eine Lockerung der Kreditvergabe-Kriterien südafrikanischer Banken sowie die Verlängerung der Konjunkturmaßnahmen. Die Südafrikanische Zentralbank (SARB) wird jedoch darauf achten, dass diese Maßnahmen nicht zu einer Ausuferung der Inflation führen. Zentralbankchef Tito Mboweni betonte bei einer Rede an der Universität Kapstadt am 10. September 2009, dass nur die bislang relativ geringe Verschuldung Konjunkturmaßnahmen ermöglicht habe und eine hohe Inflationsrate vor allem den ärmsten Teil der Bevölkerung treffe. Man geht davon aus, dass auch Mbowenis Nachfolgerin, trotz scharfer Kritik der Gewerkschaften, nach der Amtsübergabe am 9. November 2009 eine ähnlich zurückhaltende Politik verfolgen wird. Bei der Bekämpfung der ersten Rezession in Südafrika seit 17 Jahren wird man also eine Balance zwischen höheren Staatsausgaben und einer angestrebten Begrenzung der Inflationsrate auf unter 6 Prozent finden müssen.

Um langfristig nicht neue globale Ungleichgewichte entstehen zu lassen, möchte man Ausstiegsstrategien für Konjunkturpakete entwickeln, die koordiniert umgesetzt werden sollten, sobald die Krise beendet ist. In diesem Punkt besteht Übereinstimmung mit der Haltung der EU, dass es unbedingt internationale Absprachen hinsichtlich der Kommunikation des „wann und wie" eines koordinierten Ausstiegs geben sollte.

EIN STARK REGULIERTER BANKENSEKTOR SCHÜTZTE VOR DER KRISE

Da der Bankensektor in Südafrika bereits stark reguliert ist und es noch immer Devisenbeschränkungen gibt, hat die globale Kreditkrise das Land nicht in dem Ausmaß getroffen wie viele andere Staaten. Maßnahmen wie eine Erhöhung der Kapitalausstattung von Banken, eine Verschärfung der Bilanzierungsregeln und eine Reform der internationalen Finanzinstitutionen werden daher begrüßt. Mit Stolz verkauft Pretoria die Regulierungsbestimmungen im eigenen Land als Modell für andere Staaten.

Südafrika unterstützt Pläne Indonesiens, die eine Stärkung der Rolle des IWF und eine stärkere Kontrolle des Bankensektors vorsehen. In Pittsburgh will man auch eigene Vorschläge zur Reform von IWF und Weltbank unterbreiten, die den Einfluss der Schwellenländer vergrößern sollen. Bei der Weltbank verlangt man zudem einen zusätzlichen Sitz für Afrika. Ebenso will man mehr finanzielle Unterstützung für arme Staaten in Subsahara-Afrika, um das internationale Wirtschaftswachstum zu stärken.

Während des EU-Südafrika-Gipfels in Kleinmond (Südafrika) am 11. September 2009 betonte Präsident Jacob Zuma erneut seine Unterstützung für die Umsetzung der G20-Gipfelbeschlüsse von Washington und London. Ähnlich wie sein Vorgänger Kgalema Motlanthe wird er sich beim G20-Gipfel insbesondere der Stabilisierung des globalen Finanzwesens, der Bekämpfung der Rezession, der Stimulierung von Nachfrage und Investitionen in Entwicklungsländern sowie Maßnahmen zur wirtschaftlichen Erholung widmen. Obwohl auch die Verhinderung von Protektionismus auf der Tagesordnung in Pittsburgh steht gibt es in Südafrika Pläne zur Erhöhung von Zöllen.

Zusammen mit anderen Entwicklungsländern ist man sich in Pretoria einig, dass die Doha-Runde unbedingt eine „Entwicklungsrunde" bleiben müsse. Bei einem Treffen

mit seinem indischen Amtskollegen Sharma bekräftigte Südafrikas Wirtschaftsminister Rob Davies im Vorfeld des G20-Gipfels nochmals die Unterstützung für Indiens Verhandlungsposition. Pretoria legt dabei Wert darauf, dass seine besondere Stellung auf Grund seiner Verpflichtungen im Rahmen der Uruguay-Runde anerkannt wird.

Auf Initiative von Präsident Obama wurde das Thema Klima und die Finanzierung von Klimaschutzmaßnahmen auf die Tagesordnung des G20-Gipfels gesetzt. In Südafrika ist man der Ansicht, dass Afrika am meisten unter dem Klimawandel leiden wird, obwohl man am wenigsten zur globalen Erwärmung beigetragen hat. Man unterstützt daher die Forderung von Entwicklungs- und Schwellenländern, die von den Industriestaaten mehr finanzielle und technologische Hilfe für den Klimaschutz in Entwicklungsländern erhalten wollen. Südafrika könnte bereits beim G20-Treffen einen eigenen Klima-Aktionsplan (*National Climate Change Programme*) vorlegen, da man sich der enormen Umweltverschmutzung durch die heimischen Kohlekraftwerke bewusst ist. Dennoch dürfte es zukünftig in Südafrika Probleme hinsichtlich der Vereinbarkeit von Wirtschaftswachstum und Klimaschutz geben. Hier räumt Präsident Zuma der Wirtschaft absolute Priorität ein.

Dr. Hendrik Schott
Deutschland- und EU-Korrespondent
Naspers Media Ltd. Südafrika

SÜDKOREA

SÜDKOREA WILL WICHTIGERE ROLLE AUF DER GLOBALEN BÜHNE SPIELEN

Südkorea wird im kommenden Jahr den G20-Vorsitz übernehmen und plant, voraussichtlich im April 2010 einen weiteren G20-Gipfel auszurichten. An das Treffen in Pittsburgh im September 2009 knüpft die Regierung in Seoul auch daher große Erwartungen.

Südkorea zählt – gemeinsam mit Großbritannien und Brasilien – in den Jahren 2009 bis 2011 zur sogenannten Management-Troika der G20: Diese umfasst die Länder, die den Vorsitz der G20 in der genannten Periode innehatten. Für die Koordinierung der Aktivitäten auf Arbeitsebene zur Vorbereitung der G20-Treffen richtete das koreanische Ministerium für Strategie und Finanzen eine G20-Taskforce ein. Auch die koreanische Zentralbank, die Kommission für Finanzdienste sowie die Finanzaufsicht entsenden Vertreter in das Gremium. Unterstützt wird dessen Arbeit durch einen Beratungsausschuss, in dem Fachleute aus dem In- und Ausland vertreten sind. Südkorea will als Mitglied der Management-Troika und Vorsitzland im nächsten Jahr eine größere Rolle auf der globalen Bühne spielen.

G20 ALS FORUM MIT ZUKUNFT

Asiens viertgrößte Volkswirtschaft begrüßt, dass mit der Einigung auf das Treffen in Pittsburgh der Schwung der ersten Gipfel in Washington und London aufrechterhalten werden konnte und der G20-Mechanismus wachsende Aufmerksamkeit erfährt. „Indem beim Gipfel in London grundlegende und detaillierte Einigungen erzielt wurden, etablierten sich die G20 als wichtigstes Forum für Diskussionen zur Lösung der weltweiten Wirtschaftskrise", heißt es im Internetauftritt der G20-Taskforce.

Die G20-Treffen werden in Südkorea als ideales Forum gesehen, in dem die Interessen sowohl der Industrieländer als auch der Schwellenländer ausgewogen repräsentiert sind. Die südkoreanische Regierung will hierbei eine Vermittlerrolle einnehmen. „Südkorea ist eines der wenigen Länder, die zwischen fortgeschrittenen und aufstrebenden sowie westlichen und asiatischen Ländern vermitteln können", erklärte Präsident Lee Myung-bak nach dem Gipfel in Washington in einer Radioansprache.

Da die Mitgliedstaaten rund zwei Drittel der Weltbevölkerung stellen und 85 Prozent des globalen Bruttosozialprodukts ausmachen, werden die G20-Treffen in Südkorea als legitimes Forum betrachtet, um die Geschicke der Weltwirtschaft zu lenken. Gleichzeitig wachsen die Zweifel an der Bedeutung des G8-Gipfels. Ohne die Beteiligung Chinas, Indiens oder anderer führender Schwellenländer über die globale Erwärmung oder bedeutende Wirtschaftsfragen zu diskutieren sei, nach Ansicht des Vorsitzenden des Präsidialausschusses zur Vorbereitung des G20-Gipfels in Pittsburgh, Sakong Il, sinnlos (Nachrichtenagentur *Yonhap*, 09.09.2009). Er schließe nicht aus, dass die G20 schließlich die G8 ersetzen würden. Denn der G8-Gipfel sei nicht länger das geeignete Forum, um Lösungen für das Ungleichgewicht der Weltwirtschaft, das wachsende Handels- und Haushaltsdefizit der USA sowie den wachsenden Handelsüberschuss mancher Schwellenländer zu finden, fügte er hinzu. Kritik, wonach aufgrund der hohen Zahl

der am G20-Gipfel teilnehmenden Länder kein Konsens möglich sei, wies der frühere Finanzminister zurück. Ihm zufolge habe die G20-Gruppe bei der Umsetzung wichtiger Einigungen zur Bekämpfung von Protektionismus bereits ihre Effizienz unter Beweis gestellt.

SÜDKOREA ERWARTET DISKUSSIONEN ÜBER EXIT-STRATEGIE

Das stark vom Export abhängige Südkorea hatte sich seit dem G20-Gipfel in Washington 2008 mit Nachdruck für Diskussionen über die Abwehr protektionistischer Tendenzen eingesetzt. Der südkoreanische Präsident Lee Myung-bak hatte bei diesem ersten Weltfinanzgipfel betont, dass die Finanzkrise nicht als Ausrede für Protektionismus dienen dürfe. Südkorea unterstützt die Bemühungen um eine Lösung der Wirtschaftskrise und die Etablierung der G20-Treffen als wichtigstes Forum für Diskussionen über eine neue Weltwirtschaftsordnung. Beim Gipfel in London im April 2009 plädierte Südkorea außerdem für eine Balance zwischen einer expansiven Geld- und Finanzpolitik einerseits und Finanzregulierung andererseits. Auch die Unterstützung für Schwellen- und Entwicklungsländer wurde befürwortet.

Beim Gipfel in Pittsburgh erwartet Südkorea nun vor allem Diskussionen über den Zeitpunkt für einen Ausstieg aus den Konjunkturprogrammen. Zwar treibt die Regierung das „grüne Wachstum" voran und hat ein langfristiges Interesse am nachhaltigen Wirtschaften. Doch angesichts der Debatte über eine Exit-Strategie und das bange Warten auf ein Ende der Wirtschaftskrise geriet das Thema zuletzt in den Hintergrund. Finanzminister Yoon Jeung-hyun erklärte Ende August 2009 auf einer Fachkonferenz in Seoul, dass Vorbereitungen für eine Exit-Strategie sowie für deren Umsetzung eine enge globale Zusammenarbeit erforderten. Der Ressortchef betonte, dass die südkoreanische Regierung im Einklang mit den Bemühungen um eine Konjunkturbelebung nach Möglichkeiten für den Beginn eines Ausstiegs aus den staatlichen Konjunkturhilfen suchen müsse.

Südkoreas Wirtschaft ist nach Einschätzung vieler Ökonomen wieder auf dem Weg der Erholung. Aufgrund des stärker als erwartet verlaufenen zweiten Quartals hob das staatliche Wirtschaftsforschungsinstitut *Korea Development Institute* (KDI) jüngst seine Prognose für 2009 und 2010 an. Laut Vorhersage vom 8. September 2009 soll die südkoreanische Wirtschaft in diesem Jahr um 0,7 Prozent schrumpfen. Im Mai war das KDI noch von einem Rückgang des Wachstums um 2,3 Prozent ausgegangen. Ihre Prognose für das kommende Jahr korrigierten die KDI-Forscher von 3,7 auf 4,2 Prozent nach oben.

Trotz der jüngst etwas positiveren Konjunkturdaten werden in Südkorea angesichts der Debatte über eine Exit-Strategie auch warnende Stimmen laut: Zahlreiche Experten halten einen Ausstieg für verfrüht und wollen zunächst abwarten, bis sich die konjunkturelle Erholung festigt. Diskussionen beim G20-Gipfel in Pittsburgh über den Ausstieg aus der expansiven Fiskalpolitik werden damit voraussichtlich Einfluss auf die Debatte in Südkorea nehmen.

SÜDKOREA WILL CHANCEN ALS VORSITZLAND DER G20 FÜR 2010 NUTZEN

Südkorea will das Treffen in Pittsburgh vor allem nutzen, um sich auf seine Rolle des G20-Vorsitzes im nächsten Jahr vorzubereiten. Die Regierung in Seoul will sich als Vermittler zwischen Industrie- und Schwellenländern profilieren und im Falle von Streitigkeiten Lösungsvorschläge unterbreiten, die beide Seiten zufrieden stellen können. Auch will sich der frühere Tigerstaat dafür einsetzen, dass die Gipfelbeschlüsse von den Teilnehmern umgesetzt werden. Dies gilt insbesondere für den beim Gipfel in London beschlossenen Verzicht auf protektionistische Maßnahmen.

Nach einem Ende der Wirtschaftskrise könnte Südkorea wieder stärker zu „grünem Wachstum" zurückkehren. Schließlich wurde die Strategie vor dem Hintergrund der Wirtschaftskrise entwickelt, um diese als Chance zu nutzen. Zwei Prozent seines Bruttoinlandsprodukts will das Land jährlich für „grünes Wachstum" ausgeben. Im Jahr 2020 will Südkorea zu den sieben führenden Ländern der Umweltindustrie zählen. Doch vor allem will das Land einen Beitrag dazu leisten, dass die G20 eine bedeutende Rolle bei der Lösung von wirtschafts- und finanzpolitischen Fragen bei-

behalten. Durch sein diesbezügliches Engagement will Südkorea gleichzeitig sein Ansehen in der Welt steigern.

Sebastian Ratzer
Korean Broadcasting Service

TÜRKEI

Die Reformbemühungen der Türkei im Hinblick auf eine Eingliederung in die globale Wirtschaft sowie eine Vollmitgliedschaft in der EU setzen sich seit nunmehr 30 Jahren unter Beteiligung des IWF, der Weltbank und der EU fort. Im genannten Zeitraum tauchten verstärkt Krisen, Stabilisierungsprogramme und politische Strategien zu einer Strukturreform auf. Gerade laufen Verhandlungen mit dem IWF für ein neues Stabilisierungsprogramm. Die Türkei nimmt an internationalen Wirtschafts- und politischen Plattformen wie zum Beispiel. an den Verhandlungen der G20 in aktiver Weise teil.

Die globale Krise hat die türkische Wirtschaft stark beeinflusst: Während das Wirtschaftswachstum noch im Jahre 2007 4,6 Prozent betrug, verringerte es sich im letzten Quartal des Jahres 2008 und konnte zum Jahresende nur noch einen Satz von 0,9 Prozent erreichen. Dem vom Türkischen Statistikinstitut am 10. September 2009 veröffentlichten Bericht zufolge hat sich das Wirtschaftswachstum in den letzten beiden Quartalen um 14,3 Prozent bzw. 7,0 Prozent verringert. Verglichen mit den Wachstumsraten der an der Spitze der Weltwirtschaft stehenden Länder ist dieser Rückgang massiv. Der *Economist* hat dazu am 5. September 2009 einen Ländervergleich aufgestellt: Demnach hat sich das Wirtschaftswachstum im zweiten Quartal 2009 in den USA um 3,9 Prozent, in Deutschland um 5,9 Prozent, in Frankreich um 2,6 Prozent, in England um 5,5 Prozent und in Russland um 10,9 Prozent verringert; die mit der türkischen Wirtschaft vergleichbaren Strukturen Argentiniens sind im ersten Quartal um 2,0 Prozent gewachsen, während die Wirtschaft Brasiliens einen Rückgang in Höhe von 1,8 Prozent zu verzeichnen hatte. Die Ansicht, dass sich die Weltwirtschaft im Jahre 2010 wieder erholen könnte, wird von den Autoritäten der USA, der EU, des IWF und der Weltbank immer häufiger vorgebracht. Es ist bekannt, dass der IWF das Weltwirtschaftswachstum für 2009 auf einen Prozentsatz von 0,5 Prozent einschätzte, daraufhin aber eine Korrektur auf minus 1,3 Prozent vornahm und anschließend seine Schätzung auf eine Schrumpfung von 1,4 Prozent festsetzte. Für die Türkei wurde seitens des IWF eine Verringerung des Wirtschaftswachstums für 2009 in Höhe von minus 1,5 Prozent vorausgesagt; der *Economist* brachte dagegen vor, dass sich das Wirtschaftswachstum in der Türkei im Jahre 2009 um 5,6 Prozent verringern würde. Die Türkische Zentralbank ist davon überzeugt, dass sich die Inflationsrate am Jahresende sehr wahrscheinlich auf etwa 5,9 Prozent einpendeln wird.

INDUSTRIE MASSIV BETROFFEN, BANKENSEKTOR STABIL

Innerhalb der türkischen Wirtschaftsstrukturen wurde die industrielle Produktion durch die Krise in großem Maße beeinflusst. Der Zentralbankpräsident hat in einer am 21. April 2009 vor dem Kabinett gehaltenen Erklärung als Grund für den Rückgang im industriellen Sektor die Binnennachfrage angegeben. Entsprechend diesem ständigen Rückgang im realen Sektor verringerte sich der 100-Index der Istanbuler Wertpapierbörse von etwa 40.000 Punkte am 10. September 2008 auf durchschnittlich 25.000 Punkte im Januar 2009. Seit dieser Zeit ist der Index – mit Ausnahme des Monats März – trotz der Krise ständig gestiegen; so stand er am 10. September 2009 abends auf 44.924 Punkten.

Das zweite, stärkere Standbein des Finanzsektors, der Bankensektor, vermochte aber der Krise standzuhalten, denn auf dem Bankensektor wurden unter der Leitung des heutigen UNCTAD-Vorsitzenden Kemal Dervis, der im Anschluss an die Februar-Krise von 2001 seine Tätigkeit als stellvertretender Weltbankchef aufgab und das Amt des Wirtschaftsministers in der Türkei übernahm, im Rahmen des „Übergangsprogramms zu einer starken Wirtschaft" wichtige Neuordnungen verabschiedet. Aus diesem Grund haben sich die in der genannten Periode durchgeführten Neuordnungen in Bezug auf ausreichendes Kapital und Tätigkeit der Banken in der Zeit der globalen Krise für den Sektor in gewisser Weise als „Rettungsanker" erwiesen. Der Bankensektor, der sogar während der Krise große Gewinne zu verzeichnen hatte, hat es jedoch lange Zeit versäumt, auf die von der Zentralbank durchgeführten Zinssenkungen in gleicher Weise zu reagieren. Die türkische Zentralbank hat in ihrer Auseinandersetzung mit der Krise Mittel und Wege der Geldpolitik sehr effektiv eingesetzt und sogar in ihrem dritten Inflationsbericht die Türkei als ein Land definiert, das unter den sich entwickelnden und ein Inflationsziel vorgebenden Ländern die Zinsen am stärksten gesenkt hat. Während der Zinssatz der Zentralbank für eine Schuldenaufnahme am 23. Oktober 2008 bei 16,75 Prozent lag, war er am 19. August 2009 auf 6,75 Prozent gesunken; dennoch bleiben die Realzinsen nach wie vor hoch.

Der Rückgang in der türkischen Wirtschaft kann auch an den Zahlen des Im- und Exports abgelesen werden: In den ersten sechs Monaten des Jahres 2008 betrug das Exportvolumen 81 Milliarden US-Dollar, im Jahre 2009 dagegen nur noch 57 Milliarden US-Dollar. Der Import ist im gleichen Zeitraum von 126 Milliarden US-Dollar auf 75 Milliarden US-Dollar gefallen. Das in den letzten Jahren eines der wichtigsten wirtschaftlichen Probleme der Türkei darstellende Leistungsbilanzdefizit wurde besonders durch den Eingang von ausländischem Kapital unter Kontrolle gehalten. Ein parallel zur Krise besonders auf dem Importsektor zu beobachtender Rückgang wirkt sich natürlich positiv auf dieses Leistungsbilanzdefizit aus. Es bleibt jedoch wichtig, bei einem Land, das seine Produktion in hohem Maße von Importrohstoffen abhängig macht, dieses Leistungsbilanzdefizit genau zu verfolgen.

GESELLSCHAFTLICHE FOLGEN UND NOTWENDIGKEIT STRUKTURELLER REFORMEN

Der Rückgang im Wirtschaftswachstum zeichnet verantwortlich für die ein großes wirtschaftliches und gleichzeitig auch soziales Problem darstellende Arbeitslosigkeit in der Türkei. Die im Juli 2008 ermittelte Arbeitslosenrate in Höhe von 12,3 Prozent (mit Ausnahme des Landwirtschaftssektors) stieg im April 2009 auf 18,3 Prozent. Noch verhindern Schwarzarbeit und traditionelle Familienstrukturen ein Übergreifen dieses Problems in soziale und politische Dimensionen.

Dazu hat der Präsident der Türkischen Kammern- und Börsenunion, der größten Arbeitgeberorganisation der Türkei, in seinen Reden die Ansicht vertreten, dass ein mittelfristiges Stabilisierungsprogramm erforderlich sei, im Rahmen dessen kleine und mittlere Betriebe größere Unterstützung erfahren müssten. Des weiteren gibt er einer Harmonisierung mit dem EU-Markt und der globalen Wirtschaft Vorrang. In einer am 2. Juli 2009 abgehaltenen Sitzung hat er gleichermaßen betont, dass die Türkei an der Spitze der Länder stehe, die von der Krise am meisten beeinflusst worden sind. Nach dem Motto „Die globale Krise ist unsere Krise" hat die Kammern- und Börsenunion eine Kampagne unter dem Titel „Wenn es eine Krise gibt, so gibt es auch eine Lösung" begonnen.

Die Vereinigung Türkischer Industrieller und Geschäftsleute, die die größten Firmen der Türkei repräsentiert, hat in ihrem im Juli 2009 veröffentlichten Bericht zur Bewertung der Konjunktur die herrschenden Zustände mit den Worten „Fehler im Krisenmanagement haben die Auswirkungen der Krise nur noch verschlechtert" charakterisiert. Die Vereinigung verteidigt immer noch die Notwendigkeit eines mittelfristig angelegten Stabilisierungsprogramms unter Führung des IWF. Desgleichen vertritt der Bericht die Auffassung, dass die auf dem jüngsten G20-Gipfeltreffen gefassten Beschlüsse für Schwellenländer wie die Türkei sowie auch für die Wirtschaftsstruk-

turen der bereits entwickelten Mitgliedstaaten positive Beiträge leisten.

Die Nationale Vereinigung von Industriellen und Geschäftsleuten betont, dass die Wirtschaft realistischer Auswege bedürfe und dass es vor allem notwendig sei, strukturelle Maßnahmen zu ergreifen. Es sei notwendig, die Produktionsstrukturen zu ändern und solche Programme und Projekte ins Leben zu rufen, die eine Beteiligung des Staates in Anbetracht der Krise forderten. Die Krise sei eine dem Kapitalismus innewohnende Besonderheit, deren Auswirkungen durch eine aktive expansive Politik überwunden werden könnten. Wenn man die Ansichten der Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften in Bezug auf das genannte Thema betrachtet, dann wird man erkennen, dass die größte Gewerkschaft der Türkei, *TÜRK-IS*, als Hauptursachen für die weltweite Wirtschaftskrise das Schwinden sozialstaatlicher Strukturen ausmacht. Deswegen wird in dem am 5. Februar 2009 veröffentlichten Bericht über „Programme zur Verhütung von Wirtschaftskrisen" vorgeschlagen, als Alternative zu den gängigen Instrumenten von IWF und Weltbank einen Planungsprozess in Gang zu setzen, der für den Privatsektor wegweisend, für den öffentlichen Sektor jedoch als verpflichtend angesehen werden sollte.

Im Gegensatz zu der Auffassung dieser im Zentrum stehenden Gewerkschaft hat der Türkische Arbeitgeberverband als Vertreter aller Arbeitgeber in einer im September 2009 veröffentlichten Erklärung eine aktivere Durchsetzung von Maßnahmen zur Erhöhung der Produktion und der Durchführung einer vertrauensbildenden Politik befürwortet. Der Verband der Metallindustrie der Türkei hat dem noch hinzugefügt, dass neben einer Ausweitung der Geldpolitik auch eine Ausweitung der Finanzpolitik notwendig sei, wobei die Regierung mit dem IWF einen Ausgleich herstellen und das Stabilisierungsprogramm unbedingt unterzeichnen müsse.

Zusätzlich zu diesen Erklärungen hat der unter dem Dach der Zentralbank operierende „Rat für Geldpolitik" den erwähnten Prozess in seinem letzten Bericht vom 28. August 2009 folgendermaßen charakterisiert: „… die in der letzten Zeit veröffentlichten Daten zeigen, dass eine Erholung der wirtschaftlichen Aktivitäten langsam und stufenweise ablaufen wird". Auf der anderen Seite wird seitens der Zentralbank immer wieder betont, dass es weiterhin von Bedeutung sei, sowohl im Hinblick auf die Auseinandersetzung mit der globalen Krise als auch in einem allgemeinen Verständnis hinsichtlich der wirtschaftlichen Stabilität die erforderlichen Schritte zu unternehmen, um strukturelle Neuordnungen zur Harmonisierung mit und Annäherung an die EU in die Praxis umzusetzen.

Das Ziel für die Türkei ist – neben einer Harmonisierung mit der Weltwirtschaft – auch eine weitere Partizipation an den Treffen der G20, um so zu den Ländern zu gehören, die den Globalisierungsprozess zu steuern vermögen. Darüber hinaus möchte Ankara in die Stellung eines starken EU-Mitglieds aufrücken. Beim Gipfeltreffen der G20 wird die Türkei durch den stellvertretenden Ministerpräsidenten sowie durch den Präsidenten der Zentralbank repräsentiert. Der für die Wirtschaft zuständige stellvertretende Ministerpräsident, der am Londoner Gipfeltreffen teilnahm, hat bei seiner Auswertung dieses Gipfeltreffens erklärt, dass der IWF eine stärkere Position einnehmen könnte, sobald die Quotenreform zum Abschluss gebracht würde. Des weiteren teilte er mit, dass vermittels des durch die Verwaltungsreform entstehenden „Internationalen Geld- und Finanzkomitees" sich die auf dem IWF ruhende Last verringern würde, so dass diese neue Struktur, die sich auf die Weltwirtschaft und ihr Finanzsystem richtet, auch von Seiten der türkischen Regierung unterstützt werde würde.

Dr. N. Oğuzhan Altay
Dozent an der Fakultät für Wirtschaftswissenschaften der EGE-Universität Izmir

USA UND KANADA

USA

INNENPOLITISCHE THEMEN ÜBERLAGERN DIE DISKUSSION

Der Labour Day, der in diesem Jahr auf den 7. September fiel, markiert das offizielle Ende der Sommer- und Feriensaison in den USA. Lässt man die letzten Wochen und Monate jedoch Revue passieren, so bleibt der Eindruck, dass in diesem Jahr „die Politik" in den USA nicht in Urlaub war: Die innenpolitische Diskussion war von einer Intensität und nahm teilweise Formen an, die man nicht einmal vom Präsidentschaftswahlkampf 2008 gewohnt war. Dabei stand in den vergangenen Wochen ein Thema unangefochten im Vordergrund: die Gesundheitsreform bzw. die Reform des amerikanischen Krankenversicherungswesens. Die Demokratische Partei ist bei diesem Thema praktisch gespalten in *blue dogs* (konservative Demokraten) und *Liberals* (linke Demokraten). Es fällt den Demokraten daher schwer, im Kongress eine Mehrheit für ein für beide Lager akzeptables Projekt zu organisieren. Den Republikanern ist mit der Gesundheitsreform unerwartet ein Thema zugefallen, das die Bevölkerung elektrisiert und zu einem beträchtlichen Teil gegen die Demokraten mobilisiert. Die Lage spitzte sich derart zu, dass Präsident Obama mit einer Rede am 9. September vor beiden Häusern des Kongresses versuchen musste, die Reform zu retten.

Neben diesem innenpolitischen Thema wird die Lage in Afghanistan immer mehr zu einem Problem für die neue Administration. Präsident Obama hatte schon im Wahlkampf wiederholt betont, der Irak-Krieg sei der „falsche Krieg". Präsident Bush habe den Fehler begangen, sich auf den Irak zu konzentrieren und Afghanistan zu vernachlässigen. Das werde er korrigieren. Seit seinem Amtsantritt hat Präsident Obama diese Position auch konsequent umgesetzt. Das Kontingent im Irak wurde und wird weiter reduziert, die Truppenstärke in Afghanistan aufgestockt (auf nunmehr 68.000 Soldaten). Mittlerweile ist Afghanistan „Obamas Krieg" (*„he owns it*"); der Irak ist in den Hintergrund gerückt. Diese Entwicklung trifft im linken Demokratischen Lager zunehmend auf Kritik. Die Ablehnung des Afghanistan-Einsatzes in der Bevölkerung wächst. In den USA nimmt eine gewisse Kriegsmüdigkeit zu.

Obwohl die Wirtschafts- und Finanzkrise in den USA auch weiterhin tiefe Spuren hinterlässt, bleibt angesichts der heftigen Debatte über die Gesundheitsreform und den Afghanistan-Einsatz kaum noch Raum für die Diskussion über die Wirtschafts- und Finanzkrise sowie die Lehren und Konsequenzen, die daraus gezogen werden sollten. So findet der nächste G20- Gipfel zwar in den USA statt, man kann aber nicht den Eindruck gewinnen, dass dieser Gipfel Ende September die Gemüter der Experten und Politiker massiv bewegt.

USA FORMULIEREN KLARE POSITIONEN ZUM G20-GIPFEL

Die US-Positionen sind klar und wurden erst bei dem jüngsten Treffen der Finanzminister und Notenbankchefs in London wieder deutlich:

Die USA sind gegen eine Regulierung der Gehälter von Managern, insbesondere

Bankmanagern. Sie hielten eine solche Regulierung für einen unzulässigen Eingriff in den Markt. Dahinter steht auch die Tatsache, dass die Bankenlobby in den USA besonders einflussreich ist. Ein Blick in die öffentlich zugänglichen Spendenlisten zeigt, welchen Einfluss dieser Teil der Wirtschaft auf die US-Politik ausübt. Außerdem verfügt die US-Administration kaum noch über Druckmittel gegenüber dem Bankensektor. Mit Ausnahme der Citibank haben alle übrigen Großbanken die Zahlungen, die sie im Herbst 2008 von der Regierung erhielten (*bailout*), wieder zurückgezahlt. Das Thema „Boni für die Banker" spielte auch in der öffentlichen Diskussion in den USA zunächst eine große Rolle, wurde dann aber im Sommer von der Debatte über die Gesundheitsreform überrollt.

Dagegen befürwortet die US-Administration Regulierungen, welche die Banken verpflichten, ihre Eigenkapitalquote im Verhältnis zur Kreditvergabe deutlich zu erhöhen. Kreditausfälle sollen auf diesem Weg durch einen größeren Risikopuffer abgefedert werden. Allerdings ist auch hier kein rasches Ergebnis zu erwarten: Finanzminister Timothy Geithner rechnet mit einer Übereinkunft nicht vor Ende nächsten Jahres.

Zu möglichen Exit-Strategien aus den laufenden Konjunkturhilfen ist die offizielle US-Position ebenfalls deutlich ablehnend. Der Präsident der *Federal Reserve* (*Fed*) Ben Bernanke und Finanzminister Timothy Geithner betonen immer wieder, man werde schon rechtzeitig reagieren, falls es notwendig werde, die Hunderte Milliarden US-Dollar, die 2008 in die US-Wirtschaft gepumpt wurden, wieder abzuziehen. Gegenwärtig sei aber wichtiger, eine Deflation zu vermeiden und die Wirtschaft wieder anzukurbeln. Auch unter Experten scheint diese Einschätzung weit verbreitet. Allerdings ist vielfach Kritik an der Wirksamkeit der Stimulus-Programme zu hören: Das Geld fließe nicht ab und werde ineffizient verwendet. Bis jetzt seien erst 15 Prozent des Stimulus-Programms in Höhe von 787 Mrd. US-Dollar abgeflossen. Ohnehin sei das Programm nicht danach zusammengestellt worden, wie die größte Stimuluswirkung erzielt werden könne, sondern es handle sich lediglich um ein Sammelsurium von Lieblingsprojekten der einzelnen Kongressabgeordneten und Senatoren.

KEINE SORGE VOR INFLATION

Unter den Experten werden nur selten Befürchtungen geäußert, die enorme Zunahme an Liquidität könne zu einer rapide ansteigenden Inflation führen. In diesem Zusammenhang wird auf die Unterauslastung der Produktionskapazitäten verwiesen. Preiserhöhungsspielräume seien deshalb kaum vorhanden. Man werde das Inflationsproblem angehen, wenn es akut werde. Nach Finanzminister Geithner sind die *„conditions for a sustained recovery led by private demand [are] not yet established"*. *Fed*-Chairman Bernanke teilt diese Auffassung. Und im Kongress wird gar immer wieder einmal darüber spekuliert, ob nicht noch ein weiteres Stimuluspaket nötig sei.

Deutschland wird als Folge seiner speziellen historischen Erfahrungen zugestanden, besonders „inflationssensibel" zu sein. In den USA stehe vor allem das Beschäftigungsniveau im Vordergrund. *Fed*-Chairman Bernanke gilt zusammen mit Christina Romer, der Vorsitzenden des *Council of Economic Advisers*, als *der* Experte der Großen Depression. Diese Expertise spielt bei seiner Analyse und der Empfehlung von Gegenmaßnahmen gegen die gegenwärtige Krise eine entscheidende Rolle. Auch den Verweis darauf, dass die expansive Geldpolitik der *Fed* in den vergangenen zwanzig Jahren zu zwei geplatzten Spekulationsblasen geführt hat, lässt man nicht gelten: Man habe daraus gelernt und werde die entsprechenden Konsequenzen ziehen.

Allerdings gibt es durchaus auch Experten, die eingestehen, dass sich die USA aus der enormen, im letzten Jahr angehäuften Verschuldung nur herausarbeiten könnten, wenn man ein gewisses Maß an Inflation zuließe. Für die unmittelbare Zukunft sei diese Sorge aber unbegründet. Vielmehr sei wichtig, ob der jüngste Aufschwung fortgesetzt werden könne (Wachstumskurve *V-shaped*), oder ob mit einem erneuten Einbruch gerechnet werden müsse (Wachstumskurve *W-shaped*).

KANADA

Die Regierung Stephen Harper in Kanada ist eine Minderheitsregierung. Seit die (linke) Liberal Party vor einiger Zeit ihre fallweise Unterstützung für die Regierung aufgekündigt hat, dreht sich in der innenpolitischen Debatte in Kanada alles nur noch um die Stabilität und ungewisse Zukunft der konservativen Regierung sowie um mögliche Neuwahlen. Alles andere, einschließlich des G 20 Gipfels, tritt dabei in den Hintergrund.

Angesichts des marktwirtschaftlichen Credos der kanadischen Regierung können die Konservativen der europäischen Forderung nach eine Regulierung (Begrenzung) der Boni für Bankmanager nichts abgewinnen. Der französisch-deutsche Vorschlag wird klar abgelehnt. „I don't think it's necessary for Canada to do that so I think the answer is it's not likely," meinte der kanadische Finanzminister Flaherty jüngst.

Über Exit-Strategien könne man diskutieren, dies sei aber nicht der Zeitpunkt, fiskalische und monetäre Stimuli zu reduzieren. Finanzminister Flaherty äußerte sich skeptisch: „I think it's all well and good – and a good idea actually – to talk about exit strategies and plans for the future, But any talk about implementing exit strategies now in my view, would be unwise just as it would be unwise for any country to take their foot off the accelerator."

Gleichwohl verfolgt die kanadische Regierung weiterhin ihr Ziel, in einigen Jahren wieder zu einem ausgeglichenen Haushalt zurückzukehren. Dazu sollen unter anderem die Transfers an die kanadischen Regionen reduziert werden. Der Vorschlag von US Finanzminister Geithner zur Verbesserung der Kapitalausstattung der Banken müsse erst noch geprüft werden.

Dagegen hebt die kanadische Regierung die jüngsten positiven Wirtschaftsdaten hervor. Allerdings seien Rückschläge und weitere Schocks nicht ausgeschlossen. Deshalb hofft die Regierung auch, Neuwahlen vermeiden zu können, um sich weiterhin gänzlich auf die Wirtschaftsprobleme konzentrieren zu können.

Darüber hinaus befindet sich Kanada in einer besonderen Situation: 80 Prozent der kanadischen Exporte gehen in die USA. Kanada ist daher besonders abhängig von der wirtschaftlichen Entwicklung in den USA und von wirtschaftspolitischen Maßnahmen der USA. Deshalb dürfte für Premierminister Harper sein bilaterales Treffen mit US-Präsident Barack Obama am 16. September letztlich wichtiger sein als das G20 Treffen in Pittsburgh rund eine Woche später.

Dr. Norbert Wagner
KAS-Auslandsbüro Washington

ASIEN UND DER G20-GIPFEL

SORGE UM DAS WACHSTUM DER REGION

„Wer kauft unsere Produkte, wenn die Amerikaner kein Geld mehr haben?" Diese Sorge bewegt viele Unternehmer, Wirtschaftsfachleute und Regierungen in Asien. Zu der Verärgerung darüber, die Folgen einer Krise ausbaden zu müssen, die man nicht verschuldet hat, gesellte sich in den letzten Monaten immer mehr die Sorge, wer denn künftig den asiatischen Aufschwung finanzieren werde. Denn in asiatischen Wirtschaftskreisen wuchs die Erkenntnis, dass der Boom der vergangenen Jahre maßgeblich von den US-amerikanischen Konsumenten finanziert worden war. Die USA waren und sind der wichtigste Abnehmer asiatischer Produkte. Die Verschuldungsspirale in Amerika hat zwar einerseits die weltweite Krise ausgelöst. Doch die Asiaten haben von der amerikanischen Verschuldung stark profitiert. Und sie haben mit der Reinvestition ihrer Gewinne in amerikanische Anleihen die Krisenspirale mitfinanziert. Wohl in keinem anderen Teil der Welt ist die Verzahnung zwischen dem eigenen Wohlergehen und der Situation in den USA so eng. Deshalb schaut man aus Asien auch mit besonderer Aufmerksamkeit nach Washington und New York, um sowohl die politischen Signale als auch die Ausschläge des *stock market* für die einheimische Entwicklung zu deuten.

Die wichtigste Lehre aus der Krise ist, dass man größere Anstrengungen unternehmen muss, um sich aus der Abhängigkeit von den USA zu lösen. China und die übrigen asiatischen Länder haben in den vergangenen Monaten enorme Summen in Konjunkturprogramme investiert, um die einheimischen Märkte zu beleben. Das hat den negativen Effekt der Krise abgefangen. Die Konsolidierungssignale verdichten sich. Asien geht gestärkt aus der Krise heraus. Das gilt vor allem für China, aber auch für andere asiatische Volkswirtschaften wie Indien und Korea. China rechnet mit einem Wachstum für das Jahr 2009 von 8,5 Prozent; in anderen Ländern ist der Einbruch niedriger als erwartet. Wachstumsverwöhnte Länder wie Singapur und Malaysia geben sich schon damit zufrieden, dass die Rezession geringer war als zunächst befürchtet. Für die kommenden Jahre werden wieder höhere Zuwachsraten erwartet.

Mit Erleichterung wird in Asien vermerkt, dass ein Wiederaufleben protektionistischer Tendenzen weitgehend nicht eingetreten ist. Das „buy american"-Credo von Präsident Obama beurteilt man allerdings kritisch. Jetzt hoffen die meisten asiatischen Länder, dass während des G20-Treffens in Pittsburgh eine Verständigung über das Auslaufen der Konjunkturprogramme und Bankengarantien vereinbart wird. Der asiatische Finanzmarkt war ohnehin kaum von der Krise betroffen und hat sich in den letzten Jahren deutlich gefestigt. Die Stellung der Asiaten im Bankensektor zeigt sich daran, dass vor zehn Jahren die drei Banken mit dem höchsten Marktwert aus den USA und Großbritannien kamen. Heute sind es drei Banken aus China.

Dennoch bleibt das Gewicht Chinas und Asiens für den Weltmarkt und das Weltfinanzsystem vorerst relativ begrenzt. Der chinesische Anteil am globalen Sozialprodukt beträgt mit knapp neun Prozent nur ein Drittel des Beitrags der USA und Europas. Deshalb wissen auch die Chinesen, dass sie mit ihrem Geld zwar die Rezession zu Hause abwehren konnten, die Wieder-

belebung des internationalen Handels aber maßgeblich von den USA und Europa abhängt.

Auch wenn China in jüngster Zeit wiederholt die Stellung des US-Dollar als internationale Reservewährung hinterfragt hat, wird die Dominanz des *green back* auf absehbare Zeit bestehen bleiben. Allerdings arbeitet China beharrlich an der Suche nach Alternativen: Im September 2009 haben die Regierungen aus China und Singapur einen strategischen Dialog angekündigt, bei dem es unter anderem auch um das Thema der in US-Dollar gehaltenen Währungsreserven gehen soll. Weil Singapur neben Hongkong der wichtigste Finanzplatz Asiens ist, ist diese Ankündigung von Bedeutung. Wie schon vor dem G20-Treffen in London und dem G8-Gipfel in L'Aquila macht China damit auch vor dem Gipfel in Pittsburgh sein Unbehagen über die Rolle des US-Dollar als internationale Reservewährung deutlich.

KEINE KRITIK AM KAPITALISMUS – KEIN INTERESSE AN KARL MARX

Systemkritik bleibt unerwünscht. Während die Europäer die Krise zum Anlass nehmen, ihre grundsätzlichen Vorbehalte gegenüber dem Marktliberalismus nach nordamerikanischem Vorbild zu betonen und auf die Vorzüge eines Wirtschaftsmodells hinweisen, in dem nicht die „unsichtbaren Hand" des Marktes, sondern die sichtbare Hand des Staates die Ordnung auf den Märkten wieder herstellte, werden solche Ordnungsfragen in Asien nicht sehr intensiv thematisiert. Selbstverständlich hat auch in Asien die staatliche Interventionspolitik den Kollaps der Märkte verhindert. Allerdings sitzt hier der Glaube an den Kapitalismus noch viel tiefer. Konvertiten sind bekanntlich die größten Fanatiker ihrer neuen Religion. Und so sind auch die erst in jüngeren Jahren zum Kapitalismus „bekehrten" Länder Asiens heute (noch) nicht bereit, ein Modell kritisch zu hinterfragen, das ihnen in wenigen Jahren einen in dieser Höhe unerwarteten Wohlstand und Fortschritt bei der Bekämpfung von Armut bescherte. Die Lehren aus der Krise sind eher technischer, keineswegs aber grundsätzlicher Art. Karl Marx erlebte im Moment der Krise auf dem asiatischen Buchmarkt keine erhöhte Nachfrage.

In Indonesien allerdings haben die Finanzkrise und ihre Folgen grundsätzliche Fragen über das kapitalistische System aufgeworfen: Im zurückliegenden Wahlkampf wurde der für die Wiederwahl kandidierende Präsident Yudhoyono von der Opposition als „Neoliberaler" bezeichnet. Dieser Vorwurf entspringt jedoch weniger einem Impuls zur ordnungspolitischen Debatte in europäischem Sinn als vielmehr den von islamistischen Kreisen genährten Ressentiments gegenüber jedweder Form „westlicher" (und damit „anti-islamischer) Lebens- und Wirtschaftsweise. Da auch Indonesien trotz Einbußen ein positives Wachstum in diesem Jahr verzeichnen wird und Präsident Yudhoyono für seine zweite Amtszeit umfassende soziale Transferleistungen angekündigt hat, aber auch weil dieses Land dem liberalen Zeitgeist des „Konsens von Washington" stets widerstand, dürfte die Kritik am Kapitalismus hier wieder etwas stiller werden. Die Einbeziehung in den G20-Prozess hat zudem das Selbstbewusstsein deutlich gestärkt.

POSITIONIERUNG IM HINBLICK AUF PITTSBURGH

Das Anliegen der Europäer, auf dem G20-Gipfel über die Begrenzung von Managergehältern zu diskutieren, findet in Asien wenig Resonanz. Man bewertet dies als eine populistische Maßnahme gegenüber europäischen Wählern, die von notwendigeren Maßnahmen für eine bessere Organisation und Überwachung des internationalen Finanzsystems ablenken. Die Vereinbarung eines Ausstiegs aus den Konjunkturprogrammen und Bankengarantien sowie die Vereinbarung größerer Mitsprache- und Entscheidungsrechte für die Entwicklungs- und Schwellenländer in den internationalen Finanzinstitutionen werden von den meisten asiatischen Staaten als dringlichstes Anliegen des G20-Gipfels thematisiert. Doch man befürchtet Blockaden der USA und der Europäer. Die Diskussion über die Gehälter von Bankmanagern gilt daher als Ablenkungsmanöver. In Singapur, so wurde Mitte September bekannt, werden in den nächsten fünf Jahren etwa 900 erfahrene Bankmanager gesucht. Dass man diese nicht mit Gehältern des öffentlichen Dienstes europäischer Sozialstaaten anlocken kann, ist klar. Eine Unterstützung der Asiaten für die europäische

Initiative zur Begrenzung der Managergehälter ist während des G20-Treffens in Pittsburgh somit kaum zu erwarten.

Die asiatischen Regierungschefs werden mit gemischten Gefühlen nach Pittsburgh fahren: Einerseits ist die G20 ein Forum, das ihnen eine Mitsprache über globale Ordnungsfragen bietet. Deshalb wollen sie diese Gruppierung keineswegs auf das Thema Regulierung der Finanzmärkte beschränken, auch wenn das vorerst im Zentrum steht. Im Rahmen der G20 wollen sie auch über andere Fragen diskutieren und damit den G8-Prozess ersetzen, in dem die Schwellenländer bisher ausgeschlossen sind; denn mit einer marginalisierten Rolle für den Phototermin der G8 wollen sich China und Indien nicht mehr zufrieden geben. Andererseits wissen sie aber auch, dass sich Europäer und Nordamerikaner bei der Regulierung der internationalen Finanzmärkte bisher nicht auf gemeinsame Positionen verständigen konnten und noch immer gegen eine größere Mitsprache der Schwellenländer in den internationalen Finanzinstitutionen sperren. Die Asiaten erwarten daher schwierige Verhandlungen in Pittsburgh.

Die Bedeutung, die man in Asien dem G20-Prozess zuschreibt, wird unter anderem daran erkennbar, dass sich Südkorea bereits als Gastgeberland für das nächste Treffen angeboten hat.

Dr. Wilhelm Hofmeister
Regionalprogramm Politischer Dialog Asien
KAS-Auslandsbüro Singapur